

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Agent Orange – Opfer auch im Pazifik?

Der amerikanische Kongressabgeordnete Dennis Ross aus Florida hat beim Kongress eine Gesetzesvorlage eingereicht, nach der auch die in pazifischen Gebieten dienenden amerikanischen Soldaten Anspruch auf eine Versehrtenrente wegen einer Verstrahlung durch das Giftgas *Agent Orange* bekommen sollen. Ross benannte die Gesetzesvorlage nach Leroy Foster, einem Soldaten, der angab, zu Zeiten des Vietnam-Krieges auf Guam regelmäßig *Agent Orange* versprüht zu haben und der bis heute unter vielfältigen Krankheiten leidet. Sergeant Foster aus Lakeland (Florida) diente zur Zeit des Vietnam-Krieges auf der *Anderson Air Force Base* in Guam und gab an, er habe dort regelmäßig das Gas eingesetzt.

Der „*Fighting for Orange-Stricken Territories in Eastern Regions*“ (FOSTER) Act soll es Veteranen, die in Guam, den Nördlichen Marianen und in Amerikanisch-Samoa Dienst taten, ermöglichen, eine Rente vom Verteidigungsministerium zu beziehen. Das Ministerium verneint allerdings kategorisch den Einsatz von *Agent Orange* im Vietnam-Krieg außerhalb von Vietnam und Thailand, obwohl mehrere amerikanische Veteranen angaben, sie hätten in den amerikanischen Territorien im Pazifik mit dem Mittel gearbeitet. Selbst wenn der Foster-Act verabschiedet wird, wird es für die betroffenen Soldaten und ihre Familien schwierig werden, den Nachweis zu erbringen, dass Berufskrankheiten, die Rentenansprüche nach sich ziehen, auf den unmittelbaren Kontakt mit *Agent Orange* zurückgehen.

Ähnlich ist der Fall bei den Atomtestveteranen gelagert, wo aber das Verteidigungsministerium immerhin eine ganze Reihe von Krankheiten als offiziell durch radioaktive Verstrahlung hervorgerufen eingestuft hat.

Der Kongressabgeordnete Ross hofft auf die Durchsetzung des Gesetzesentwurfs zu Gunsten der Veteranen. Er gab auch an, dass die Anerkennung der amerikanischen Behörden, das sie *Agent Orange* im amerikanischen Pazifik eingesetzt hätten, den Bewohnern der Inseln nachträglich ein Stück Gerechtigkeit wiederfahren lasse.

Info: Agent Orange ist die militärische Bezeichnung eines chemischen Entlaubungsmittels. Zwischen 1962 und 1971 wurden im Vietnam-Krieg von der US-Luftwaffe bei der Operation „*Ranch Hand*“, die im Jahre 1961 von Präsident John F. Kennedy autorisiert wurde, mehr als 6.000 Einsätze mit verschiedenen Entlaubungsmitteln durchgeführt. *Agent Orange* wurde aus Flugzeugen oder Helikoptern von Januar 1965 bis April 1970 versprüht. Das Ziel war die Entlaubung der Wälder, um einerseits Verstecke und Versorgungswege des Gegners aufzudecken und andererseits eigene Militärbasen und Flugplätze im dichten Dschungel erweitern zu können. Darüber hinaus wurden auch Ackerflächen besprüht, um dem ‚Feind‘ die Nahrungsgrundlage zu entziehen.

(Sonderausgabe der *Pacific Daily News* 03.02.17, Wikipedia)

Keine Unterstützung für Veteranen

Die amerikanischen Soldaten, die an der Reinigung des radioaktiv verstrahlten Atolls Eniwetok (Marshall-Inseln) beteiligt waren, bekommen keine staatliche Unterstützung oder eine Versehrtenrente des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Nach jahrelangen erfolglosen Verhandlungen von Opferanwälten ist ein Betroffener jetzt an die Öffentlichkeit gegangen und hat Journalisten der *New York Times* in seinem Haus ein Exklusiv-Interview gegeben. Der heute 58-jährige ehemalige Soldat Tim Snider kam als 20-jähriger Techniker 1979 nach Eniwetok, um dort den radioaktiv verstrahlten Boden abzutragen. Snider berichtete den Reportern, er habe am ersten Tag ein Atemschutzgerät sowie einen Anzug

zum Schutz vor der Plutonium-Strahlung erhalten. Nach den zahlreichen Pressefotos und dem Abzug der amerikanischen Presse von dem Atoll habe er die Schutzausrüstung jedoch wieder an die Armee zurückgeben müssen. Er habe dann in den vier Monaten seines Arbeitseinsatzes nur eine kurze Hose und einen Sonnenhut getragen. Heute leidet Snider an multiplen Erkrankungen, darunter Tumoren an der Wirbelsäule und den Rippen, die er auf die radioaktive Strahlung zurückführt.

Insgesamt nahmen 4.000 Soldaten an dieser größten Bodenreinigungsaktion des amerikanischen Militärs auf der verunreinigten Insel teil. Es gab weder Atemschutzmasken noch Schutzanzüge für die Soldaten, die oft monatelang den verseuchten Boden abtragen mussten. Viele der ehemaligen Arbeiter von Eniwetok haben sich zusammengeschlossen. 431 ehemalige Arbeiter fanden sich über Facebook zusammen. Sie tauschten sich im Internet über die Art ihrer gesundheitlichen Probleme aus (überwiegend Knochenkrebs und Schilddrüsenprobleme) und beschlossen eine Sammelklage. Gemeinsam mit ihren Anwälten versuchen sie, beim Kongress ein Gesetz über nachträgliche Gesundheitsfürsorge und Kompensationszahlungen (*Atomic Veterans Healthcare Parity Act*) zu verabschieden - bisher erfolglos. Das amerikanische Verteidigungsministerium erkennt bis dato nur einen Kausalzusammenhang zwischen einigen Erkrankungen während (!) der Testphase der Atombomben an (1948 bis 1958), nicht aber für die Zeit danach.

Eniwetok wurde erst 20 Jahre nach dem Zünden der letzten Atombombe zwischen 1977 und 1980 gereinigt. Dazu setzte das Militär nicht etwa Arbeiter ein, die im Umgang mit radioaktiver Strahlung geschult waren, sondern ganz „normale“ Bodentruppen, was die Betroffenen der Regierung ebenfalls zum Vorwurf machen.

Info: Das Atoll Eniwetok (engl. Enewetak) gehört zu den Marshall-Inseln. Es besteht aus mehr als 40 kleinen Inseln und liegt rund 525

km nordwestlich von Kwajalein, Auf Eniwetok fanden zwischen 1948 und 1958 43 Atombombentests statt, darunter am 31. Oktober 1952 auch ein Test der ersten amerikanischen Wasserstoffbombe mit einer Sprengkraft von 10 Megatonnen. Während der Atombombentests waren rund 11.000 US-Techniker, Wissenschaftler und Militärs auf Eniwetok stationiert.

Anfang der 1970er Jahre klagten die vertriebenen Atollbewohner auf Rückgabe ihres Atolls. Die amerikanische Regierung sagte zu, dass eine Rückkehr nach einer „Grundreinigung“ des verseuchten Bodens machbar sei. Der abgetragene Boden wurde auf das ebenfalls durch Atombombentests schwer verstrahlte benachbarte Atoll Runit gebracht und dort in einem unterirdischen Beton-Bunker („Runit Dome“) endgelagert.

Die von Wissenschaftlern errechneten Kosten von 40 Millionen US-Dollar für die Komplettreinigung des Atolls wurden vom Kongress abgewiesen. Der Kongress stellte nur knapp die Hälfte des Geldes zur Verfügung und ordnete an, statt der teuren ausgebildeten Nuklear-Experten normale Bodentruppen für die Reinigung einzusetzen sowie an Schutzausrüstung für diese Truppen zu sparen. Die Arbeiten beklagten vor allem das Fehlen von Atemmasken und Sprinkleranlagen, da das Atoll von Plutonium-haltigen Staub bedeckt war, der beim Aufräumen hochwirbelte und von den Soldaten eingeatmet wurde. 1978 lieferte die Armee zwar Schutzanzüge nach, diese konnten jedoch wegen der Hitzestauung in den Overalls in diesem tropischen Klima nicht von den Männern getragen werden. Die ebenfalls eingeflogenen Dosimeter zur Messung der täglichen radioaktiven Verstrahlung funktionierten in dem feucht-heißen Klima ebenfalls nicht. Angeblich gingen auch alle Daten über den Grad der Verstrahlung und die Strahlenbelastung der Menschen in den Archiven des Verteidigungsministeriums verloren.

Die Bewohner von Eniwetok durften nach 1980 auf ihr Atoll zurückkehren. Ein US-finanziertes Land-

wirtschaftsprogramm sollte traditionelle Pflanzen wieder einführen, war aber nicht erfolgreich. Bei den insgesamt drei gereinigten Inseln hinterließ das Abtragen des Bodens nur wenige Zentimeter fruchtbarer Erde, was zu karg für Ackerbau ist. Die Einwohner sind bis heute auf die Zahlungen des US-Treuhandfonds zur Kompensation für die Atomtests angewiesen, aber die überwiesenen Beträge werden inzwischen immer kleiner. *(Titelstory der New York Times am 29.01.17, Wikipedia)*

Tony deBrum gewinnt Preis für Anti-Atom-Engagement

Der ehemalige Außenminister der Marshall-Inseln, Tony deBrum, und die Regierung der Marshall-Inseln haben sich bei einer Online-Abstimmung zur Vergabe des Preises „2016 Arms Control of the Year“ gegen zehn Kandidaten durchsetzen können und die meisten Stimmen errungen. 1.850 Personen aus 63 Staaten hatten sich bei der Abstimmung beteiligt, die von der amerikanischen Nichtregierungsorganisation *Arms Control Association* aus Washington initiiert worden war. Die Internet-Gemeinde war vom 8. Dezember 2016 bis zum 5. Januar 2017 aufgerufen, für einen Kandidaten zu stimmen, der sich in besonderer Weise für die (nukleare) Abrüstung sowie die Entmilitarisierung einsetzt.

Tony DeBrum und die Marshall-Inseln wurden geehrt, weil er im Namen seines Volkes am Internationalen Strafgerichtshof von Den Haag Klage gegen einige Nuklearstaaten eingereicht hatte. Zwar wurde die Klage von den Richtern abgewiesen, doch bekam dieser Fall weltweite mediale Aufmerksamkeit und rückte das Thema Atomtestfolgen wieder mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

(Marshall Islands Journal 13.01.17, <https://www.armscontrol.org/pressroom/press-release/2017-01-09/2016-Arms-Control-Persons-of-the-Year>)

NGO fordert Ombudsmann für Medien im Pazifik

Die in Rarotonga (Cook-Inseln) registrierte Nichtregierungsorganisation *Pacific Freedom Forum* (PFF) fordert die Einrichtung einer überregionalen neutralen Ombudsmann-Kommission, die Verstöße gegen das Presserecht und den journalistischen Ethik-Kodex ahnden soll. Das PFF hat einen Aufruf an private Sponsoren und Wohlfahrtsorganisationen gestartet und sich über das Online-Spendenportal *Global Giving* registriert. Durch diese Crowdfunding-Kampagne soll so viel Geld zusammenkommen, dass die bisher ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter der Organisation angestellt werden können und ein Büro angemietet werden kann.

PFF-Koordinator Jason Brown sieht einen großen Bedarf an einer unabhängigen Kommission zur Überwachung der Printmedien, aber auch der Blogs und Fotos auf Facebook. So habe es im letzten Jahr einen großen Aufruhr gegeben, als die englischsprachige Tageszeitung *Samoa Observer* das Foto eines Selbstmörders auf seiner Titelseite brachte. Gegen diese Verstöße gegen das Medienrecht und das Recht auf Menschenwürde gelte es aufs Schärfste anzugehen, forderte Brown. Über 3.500 Menschen hatten damals online gegen den Herausgeber der Zeitung protestiert. *(Radio NZ Intern. 11.01.17, <http://www.pacificfreedomforum.info/>)*

Hochrisikostaaaten im Pazifik

Fidschi, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Tonga und Vanuatu gehören zu den fünfzehn Staaten weltweit, die ein hohes Risiko haben, von Naturkatastrophen heimgesucht zu werden. Wegen wiederkehrender Sturmfluten, langer Trockenzeiten, Zyklonen, Erdbeben und Tsunamis gehören diese fünf Pazifikstaaten zu den so genannten „Hochrisikostaaaten“, wie sie von der Weltgesundheitsorganisation WHO definiert wurden. Besonders betroffen sind die genannten Staaten von tropischen

Wirbelstürmen, die oft ohne große Vorlaufzeit auf die Inseln treffen und dort starke Zerstörungen anrichten. Als Beispiel nannte Frau Dr. Wendy Snowdon von der WHO die Wirbelstürme *Pam* und *Winston*, die u.a. Fidschi stark getroffen hatten.

Snowdon war Teilnehmerin des viertägigen Workshops „*Global Health Emergency Workforce*“, der Ende letzten Jahres in Suva (Fidschi) stattfand und von der WHO organisiert worden war. Die rund 30 Teilnehmenden aus dem Gesundheitssektor hatten sich im Workshop darüber informiert, wie das staatliche Gesundheitswesen auf drohende Naturkatastrophen auf den pazifischen Inseln reagieren kann. (*Fiji Times* 18.10.16)

WWF schätzt Wert Melanesiens

Der *World Wide Fund for Nature* (WWF) schätzt den Wert der Küsten und des Ozeans in der Region Melanesien im westlichen Pazifischen Ozean auf 548 Milliarden US-Dollar. Das sagte Kesaia Tabunakawa, die WWF-Beauftragte für die Region Ozeanien. Sie stellte bereits im letzten Oktober in Suva (Fidschi) die Ergebnisse einer neuen WWF-Studie mit dem Titel „*Reviving Melanesia's Ocean Economy: The case for action*“ vor.

In dem Bericht geht es um die Rolle des Pazifiks bei der Ernährungssicherheit und um die Rolle des Meeres als Wirtschaftsfaktor für die melanesischen Staaten. Würde man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) rein auf die Gewinne aus dem Ozean beziehen (Gross Marine Product), so bestünden ca. 56 % des BIP aus Erzeugnissen aus dem Meer, 27 % aus dem Tourismus und 17 % aus der Kreuzfahrtindustrie in der Region.

Tabunakawa erklärte, angesichts der Zahlen sei es Zeit, dass sich pazifische Regierungsvertreter ernsthaft um den Schutz des Ozeans bemühen.

Hier geht es zu dem Bericht des WWF:

<https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Report-Reviving-the-Ocean-Economy-Summary.pdf>
(*Fiji Times* 19.10.16)

PNG und Vanuatu verlieren Stimmrecht bei der UNO

Papua-Neuguinea und Vanuatu haben ihr Stimmrecht in der Mitgliederversammlung der Vereinten Nationen (*United Nations General Assembly*) Ende Februar des Jahres verloren. Grund für die Suspendierung der beiden pazifischen Staaten sind Schulden. Beide Staaten konnten ihre Mitgliedsgebühren bei den Vereinten Nationen nicht aufbringen.

Papua-Neuguinea schuldet der UNO 180.000 US-Dollar. Erst nach beglichener Schuld erhält PNG das Stimmrecht zurück.

Nach Angaben des neuguineischen Energieversorgers *PNG Power* betrug der Schuldenstand staatlicher Behörden Ende 2016 11 Millionen US-Dollar. Der neuseeländische Außenminister sagte, der Staat schulde auch staatlichen neuseeländischen Firmen „*sehr viel Geld*“ (Zitat).

Die australische Regierung gab an, sie werde rund 100 Millionen US-Dollar in PNG investieren müssen, damit dort wie geplant im nächsten Jahr das Gipfeltreffen der 21 APEC-Staaten stattfinden kann (*Asia-Pacific Economic Cooperation*, APEC). Ohne die finanzielle Unterstützung durch Australien sei die Durchführung des APEC-Treffens und der zahlreichen bilateralen Gespräche am Rande dieses hochgesicherten Gipfels nicht möglich, hieß es aus australischen Regierungskreisen.

Neben PNG und Vanuatu wurde auch Venezuela, Libyen, dem Sudan und den Kapverden das Stimmrecht bei den UN entzogen. (*Radio Australia* 24.02.17)

Welt-Thunfisch-Tag

Bei ihrer Generalversammlung Anfang Dezember letzten Jahres haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) einstimmig

beschlossen, am 2. Mai jährlich den internationalen Gedenktag für den Schutz des Thunfisches zu begehen. Damit ist der „*World Tuna Day*“ jetzt fester Bestandteil in der Liste der von den UN offiziell ausgerufenen Gedenk- und Aktionstage.

Die Mitgliedstaaten der *Party to the Nauru Agreement* hatten sich seit vier Jahren dafür eingesetzt, den bisher inoffiziell im Pazifik begangenen Tag auch auf internationaler Ebene zu verankern. Die pazifischen fischfangenden Nationen erhoffen sich dadurch mehr Aufmerksamkeit für die teils bedrohten Thunfischarten im Pazifik, ihre nachhaltige Bewirtschaftung und den kontrollierten legalen Fang. (*ABC* 07.12.16, <https://www.facebook.com/WorldTunaDay/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

[Die Artikel in dieser Rubrik stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, von Daniel Bergmann, FSJ'ler im Referat Pazifik.]

Leichter Rückgang der Korruption

Anfang des Jahres hat die Nichtregierungsorganisation *Transparency International* (TI) ihren Korruptionsbericht für das Jahr 2016 mit einem Ranking aller untersuchten Länder veröffentlicht. Insgesamt wurden 176 Länder auf den Grad ihrer Korruption hin betrachtet. Papua-Neuguinea konnte sich dabei um einige Plätze im Ranking verbessern. Stand der Staat im Jahr 2015 noch auf Rang 20, fiel er jetzt auf Rang 36 und gehört damit nicht mehr zu den „Top 20“-Ländern mit der größten Korruption.

Das am wenigsten korrupte Land ist laut TI Dänemark, am schlimmsten steht Somalia da. Neuseeland erreicht übrigens die gleiche Punktzahl wie Dänemark und gilt damit ebenfalls als das am

wenigsten korrupte Land von den 176 untersuchten Ländern.

Deutschland erreichte Platz 10.

(Artikel von Julia Ratzmann, Radio NZ Intern. 25.01.17,

http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016)

MoAs für sechs Minen

Die *Mineral Resources Authority* (MRA) hat die Minenlizenzen für fünf bereits bestehende Bergbauprojekte um weitere zwei Jahre mit einem *Memorandum of Understanding* (MoA) zwischen Minenbetreiberfirmen und Regierung verlängert. Bergbauminister Byron Chan hat die Abkommen bereits im Kabinett vorgestellt und verabschieden lassen. Von der Verlängerung der Lizenz profitieren die Projekte in Hidden Valley, Tolukuma, Ok Tedi, Simberi und Sinivit.

Neu hinzugekommen ist eine zweijährige Lizenz für den Abbau auf der Insel Woodlark östlich von Festland-PNG. MRA-Direktor Philip Samar begrüßte die Verlängerung und Neuvergabe, merkte aber selbstkritisch an, dass die MoAs ganz am Anfang stünden und es jetzt darum ginge, die Zusammenarbeit zwischen traditionellen Landeignern, Regierung und Minenbetreibern auf eine vertrauensvolle Basis zu stellen. (Artikel von Julia Ratzmann, *The National* 17.10.17)

Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft?

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Immigration, Rimbink Pato, verkündete am 14. Februar 2017 in Port Moresby, dass die Verwaltungsvereinbarungen für die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft in Papua-Neuguinea im März abgeschlossen werden. Da nach Pato viele Einzelheiten berücksichtigt werden mussten, hat sich der bereits am Ende des Jahres 2016 durch das Parlament zertifizierte Gesetzesentwurf in seiner Ausführung verzögert. Mit eingeschlossen in die Vorschriften der doppelten Staatsbürgerschaft sind unter anderem die Länder Fidschi, Austra-

lien, Neuseeland, Vanuatu, Samoa, England und die USA.

Es wird die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft für Bürger von Papua-Neuguinea, sowie auch für Staatsbürger anderer Länder, die die Staatsbürgerschaft von Papua-Neuguinea erwerben wollen, geben, erklärte Pato. Dazu fallen vermutlich einmalige Bearbeitungsgebühren in Höhe von 2.000 bis zu 15.000 Kina an. „Durch die doppelte Staatsbürgerschaft können unsere klügsten Köpfe ihre Verbindung mit der Heimat behalten und nicht durch Bürokratie behindert werden“, sagte der Minister dazu. (*Pacific Islands Report* 14.02.17)

Streik des Lehrpersonals

Das Lehrpersonal an der Medizinischen Fakultät (School of Medicine) der Universität von Papua-Neuguinea ist Ende Januar in einen unbefristeten Streik wegen des Ausbleibens der Gehälter getreten. Die Ärzte und Krankenschwestern haben nach eigenen Angaben seit Monaten keine Gehälter mehr bekommen und legten deshalb ihre Arbeit nieder. Die Medizinstudierenden zeigten sich solidarisch mit ihren Lehrern. (*The National* 25.01.17)

† Gouverneur Sir Michael Ogio

Der scheidende Gouverneur General Sir Michael Ogio ist am Wochenende vom 18. auf den 19. Februar verstorben. Ministerpräsident Peter O'Neill und Oppositionsführer Don Polye waren die ersten, die ihr Beileid im Namen ihrer Familien und Wähler kundtaten. Als Mitglied des Parlaments und als ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident war Sir Michael Ogio ein hervorragender Vertreter für die Menschen in PNG. „Er war bescheiden, er war aufrichtig und er war ein Mann, der sich wirklich für die Entwicklung unserer Nation interessierte“, sagte Premier Peter O'Neill. Viele Vertreter der Regierung, der Opposition und anderer Organisationen riefen zum ge-

meinsamen Gebet für die Hinterbliebenen auf. Sir Michael Ogio galt als ehrlicher Mann, der an die Einheit PNGs glaubte und sich stetig für die Entwicklung und das Wohl des Volkes einzusetzen versuchte. (*Pacific Islands Report* 19.02.17)

Preisgekröntem Künstler wird Flüchtlingsstatus verweigert

Der Asylantrag des 25-jährigen bekannten iranischen Karikaturisten Ali (Künstlername: *Eaten Fish*), der vier Jahre im Internierungscamp auf der Insel Manus festgehalten worden war, wurde vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten und Immigration in Papua-Neuguinea abgelehnt. Obwohl Ali an einer posttraumatischen Belastungsstörung und an schweren Panikattacken, ausgelöst durch die Erlebnisse im Iran, leidet, wurde ihm nahegelegt, das Land zu verlassen, sonst würde er mit einer Gefängnisstrafe rechnen müssen. „Der Prozess war nur zum Schein“, sagte der Menschenrechtsbeauftragte und Anwalt Alis, Janeth Galbraith, dazu. Er betonte, dass Ali aufgrund seiner Krankheit und der Angst um seine Familie im Iran nicht offen über seine Lage sprechen konnte und der Prozess deshalb nicht fair war. (*Pacific Islands Report* 01.01.17)

Neue Wohngeldsteuer betrifft nur hohe Einkommensempfänger

Nach viel Angst und Diskussionen in der Bevölkerung um eine neue Wohngeldsteuer beruhigt die Regierung von PNG und die *Internal Revenue Commission* (IRC) jetzt die Gemüter. Die neue Wohngeldsteuer bezieht sich nur auf Menschen mit hohem Einkommen, die sich ein teures Haus oder eine teure Wohnung leisten können. Die Steuer greift, sobald die Unterkunft als „up-market“ Gebäude eingestuft wird. Das ist ein Haus mit dem Wert von 800.000 Kina (247.000 USD) aufwärts oder eine Wohnung, die in der Woche mehr als 3.000 Kina Miete (1.540 USD)

kostet. „Somit ist der Großteil der Bevölkerung nicht betroffen“, erklärte IRC Senior Executive Steve Burke. Die Regierung hofft durch die Einführung der Wohngeldsteuer, sechs Millionen Kina neue Steuereinnahmen zu erwirtschaften. (*Pacific Islands Report 07.02.17*)

Bob Dadae neuer Generalgouverneur

Das Parlament wählte am 31.01.2017 Bob Dadae als Nachfolger von Sir Michael Ogio zum neuen Generalgouverneur. Dadae setzte sich mit 55 zu 36 Stimmen gegen den früheren Abgeordneten Timothy Bonga durch. Mr. Dadae hat vier Kinder und studierte unter anderem an der *University of PNG* gemeinsam mit dem aktuellen Premierminister Peter O'Neill und dem Verteidigungsminister Dr. Fabian Pok. Danach arbeitete er als Chefbuchhalter für die Lutherische Kirche in Lae und vollendete sein MBA-Studium in Australien an der Griffith Universität. Der dreimalige Abgeordnete, der den Distrikt Kabwum im Parlament vertreten hat, bedankte sich für die Nominierung durch die Regierung und die große Unterstützung seiner Leute. *"Ich freue mich sehr auf die Verantwortung, es ist eine riesige Aufgabe, aber mit der Hilfe der Mitarbeiter in meiner Abteilung werde ich die richtigen Entscheidungen treffen. Ich werde dafür sorgen, dass ich die Integrität dieses Büros, welches das wichtigste im Land ist, schütze"*, sagte er. Vor allem Wert lege er auf die Nähe zum Volk, erklärte er, deswegen wolle er - so oft es sein Amt ihm ermögliche - durch das Land reisen und sein Volk besuchen. (*Pacific Islands Report 01.02.17*)

Nationale Wahlen: 6.000 Kandidaten für 111 Parlamentssitze

Die Wahlkommission in PNG geht von circa 6.000 Kandidaten für die 111 Sitze im Parlament bei den Nationalen Wahlen im November 2017 aus. Das wäre eine der höchsten Kandidatenzahlen in der

Wahlgeschichte der Demokratien weltweit. Premierminister Peter O'Neill versicherte im Nationalen Presse Club im Lamana Hotel, dass die Wahlen ordnungsgemäß und pünktlich ablaufen werden. In der Vergangenheit haben die Neuguineeer auch erfolgreiche Wahlen geliefert, so wird es auch diesmal ohne Probleme klappen, betonte er. Allerdings seien mit den Nationalen Wahlen auch sehr hohe Kosten von etwa 350 Millionen Kina verbunden. *"Was auch immer die Leute für eine Entscheidung treffen, sie muss respektiert werden. Wer gewinnt, der muss respektiert werden. Wir werden alles Mögliche veranlassen, um eine sichere Wahl zu veranstalten"*, sagte O'Neill. (*Pacific Islands Report 23.01.17*)

ADB finanziert Reparatur des Highland Highways

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (Asian Development Bank, ADB) wird die Reparatur des Highlands Highway zwischen der Küstenstadt Lae und Goroka im Hochland mit 1,5 Millionen US-Dollar finanzieren. Das gab Premierminister Peter O'Neill nach einem Treffen mit Won-Mok Choi, dem PNG-Abteilungsleiter bei der ADB, bekannt. Choi sagte, die Reparatur des für Erdbeben und Regenfälle anfälligen Highways nach internationalen Standards im Straßenbau sei eine Art „Geburtstagsgeschenk“ anlässlich des 50-jährigen Bestehens der ADB. Der Highway soll sich von einer Teils nicht asphaltierten Schotterpiste mit tiefen Schlaglöchern in eine gut ausgeschilderte und ausgebaute asphaltierte Staatsstraße verwandeln, kündigte Choi an.

O'Neill erklärte, nach Jahren des infrastrukturellen Niedergangs verspreche dieses erste Großprojekt der ADB im Straßenbau einen Zugewinn an Lebensqualität für tausende Nutzer dieser „Lebensader“ von der Küste in das Gebirge. Ständig wiederkehrende kleinere Reparaturen durch örtliche Betriebe seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen, bedauerte O'Neill. Die zweisepurige Straße durch Täler und über Berge gehöre

schon seit Jahren grundsaniert und nun endlich könne man mit Unterstützung der ADB dieses Mammutprojekt stemmen. (*Artikel von Julia Ratzmann, Post-Courier 18.10.17*)

SALOMONEN

Neuer Botschafter bei der UNO

Der salomonische Diplomat Robert Sisilo wurde von Außenminister Milner Tozaka zum neuen Botschafter der Salomonen bei den Vereinten Nationen (UN) in New York bestellt. Er tritt sein Amt zum 1. Februar an. Der 60-Jährige war von 2012 bis 2014 Chefunterhändler des salomonischen Außenministeriums bei den Gesprächen über die Handelsabkommen EPA und PACER-Plus. In seiner über 30-jährigen diplomatischen Karriere hat er u.a. für drei Jahre das *Pacific Islands Forum* bei der Welthandelsorganisation in Genf vertreten, sowie acht Jahre lang als Botschafter für die Europäische Union in Brüssel gearbeitet.

Sisilo verfügt über mehrere internationale Hochschul- und Fachhochschulabschlüsse. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. (*SIBC 14.01.17, <https://www.un.org/press/en/2017/bio4924.doc.htm>*)

Kurzwellenfrequenz abgeschaltet

Tausende Menschen auf den Außeninseln der Salomonen bedauern die Abschaltung der Kurzwellenfrequenz des australischen Radiosenders „Radio Australia“ der ABC (*Australian Broadcasting Corporation*). Zum 31. Januar hat die ABC die Kurzwelle aufgegeben, die Programme können jetzt nur noch über die Langwelle FM oder online im Live-Stream empfangen werden.

Ruth Liloqula von der Anti-Korruptions-Initiative *Transparency International* zeigte sich bestürzt über die Verarmung der Medienlandschaft. Die Menschen auf Choiseul und Tikopia hätten eher

die ABC denn die Programme des einheimischen Senders SIBC (*Solomon Islands Broadcasting Corporation*) gehört, weil sowohl das Sendesignal der ABC auf den entlegenen Inseln besser angekommen sei, als auch weil sie die unabhängige, spartenübergreifende Berichterstattung der ABC sehr geschätzt hätten. Nach unabhängigen Angaben hatten mindestens 5.000 Hörer täglich über Kurzwelle „Radio Australia“ eingeschaltet.

Kritik an der Abschaltung kam auch von Reiseveranstaltern, die individuelle Rucksack-Touren auf die Außeninseln der Salomonen anbieten. Die Kurzwelle sei für die Touristen oft die einzige Möglichkeit gewesen, an Informationen aus Australien zu kommen, da es auf den Außeninseln keinen Handyempfang gäbe, sagte ein australischer Wanderführer. Die Abschaltung betrifft im Übrigen auch das Northern Territory, den nördlichsten Bundesstaat Australiens.

Ein ABC-Sprecher begründete die Abschaltung der Kurzwelle mit der extremen Fehleranfälligkeit dieser veralteten Technologie sowie den hohen Unterhaltskosten.

(*Pacific News* 31.01.17, <http://www.abc.net.au/news/2017-01-18/abc-shortwave-cuts-tourists-operator-pacific-island/8191374>)

Dorf bedenkt Umsiedlung

Das Dorf Ogou an der Ostküste der Insel Malaita ist an der Schwelle zur Unbewohnbarkeit. Ein Sprecher der rund 800 Dorfbewohner sagte, durch den Anstieg des Meeresspiegels in den letzten Jahren stünden die Häuser an der Küste regelmäßig unter Wasser. Die Tarogärten seien durch Sturmfluten versalzen und es gäbe nicht mehr genug Trinkwasser. Man habe bereits mehrfach bei der Provinzverwaltung von Malaita vorgesprochen und um Unterstützung bei der Umsiedlung der Bewohner gebeten. Alle Einwohner von Ogou seien bereit, das Dorf aufzugeben und in neue Häuser im Landesinneren zu ziehen. Leider versage die Provinzregierung bis dato die Übernahme der Kosten. Sie selber könnten den Neubau von Häusern

und Gärten finanziell nicht stemmen, erklärte Tony Isika im Namen der Dorfgemeinschaft.

Grund für die Unbewohnbarkeit des Dorfes ist der Anstieg des Meeresspiegels als direkte Folge des Klimawandels. Die Häuser seien zwar ursprünglich mit großem Abstand zur Wasserlinie gebaut worden, doch sei das Meer im Laufe der letzten Jahrzehnte immer näher gerückt. Die Regierung der Salomonen habe eigentlich allen Opfern des Klimawandels Unterstützung bei der Umsiedlung auf sicheres Gelände versprochen, aber bisher sei noch nichts geschehen. Sehr viel länger könne man nicht in dem Dorf wohnen bleiben, da das versalzene Wasser die Ernte ungenießbar mache und man nun von Nahrungsmittelimporten abhängig sei, merkte der Dorfsprecher an. (*Solomon Star* 07.02.17)

FIDSCHI

[Alle Artikel in der Rubrik stammen von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzenden der Pazifik-Netzwerk, Berlin.]

Opposition fordert Untersuchungskommission nach erneuten Fällen von Polizeigewalt

Nach einer Serie von Berichten über Polizeigewalt (siehe auch letzte Ausgaben der *pazifik aktuell*) fordert die fidschianische Opposition die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Vorfälle. Zuvor hatte es auch in den letzten Monaten wieder mehrere Berichte über gravierende Fälle von Polizeigewalt gegeben. So starb im Februar 2017 ein Teenager unter ungeklärten Umständen in Polizeigewahrsam, nachdem er angeblich von Polizisten misshandelt worden war. Über die genaue Todesursache gibt es jedoch widersprüchliche Aussagen. So sagte die Mutter des Opfers, welche die Medien über den Fall informierte, in einigen Interviews, ihr Sohn sei an seinen Verletzungen gestorben, während sie an anderer Stelle von Selbstmord sprach. Die Polizei hat ebenso wie

bei früheren Vorwürfen eine Untersuchung angekündigt.

Außerdem berichtete ebenfalls im Februar 2017 ein wegen Mordes angeklagter Mann vor Gericht, er sei von Polizisten getreten und misshandelt worden. Trotz der Bezeugung der Regierung, es handle sich bei Fällen von Polizeigewalt um Einzelfälle, gegen die man strikt vorgehen würde und die intern untersucht würden, glaubt der Vorsitzende der oppositionellen *National Federation Party*, Biman Prasad, die Öffentlichkeit verliere ihr Vertrauen in die Polizei und die Untersuchungen von Fällen der Polizeigewalt würden verschleppt. Nach all den Berichten über Polizeigewalt, die es in den vergangenen Monaten gegeben habe, seien die bisherigen Untersuchungen nicht mehr ausreichend. Daher kündigte Prasad an, er werde dem Parlament im März einen Antrag auf Gründung einer unabhängigen Untersuchungskommission vorlegen. Die Kommission soll Zeugen befragen können, untersuchen, ob Vorwürfe gegen die Polizei angemessen aufgenommen und verfolgt worden sind und einen Aktionsplan gegen Polizeigewalt erarbeiten.

Premierminister Voreqe Bainimarama hatte im Herbst vergangenen Jahres in einer Rede zugegeben, dass Fidschi ein Problem mit Folter habe (siehe letzte Ausgabe der *pazifik aktuell*). (*Radio New Zealand International* 18.02.17, 27.02.17, *Fiji Times* 23.02.17, 24.02.17, *Fiji Sun* 18.02.17)

Hauptverhandlungen gegen Anhänger von Abspaltungsbewegung

Ende Februar 2017 haben am *Lautoka High Court* die Hauptverhandlungen in zwei wichtigen Gerichtsverfahren begonnen, die sich mit versuchten Abspaltungsbewegungen zur Gründung unabhängiger christlicher Staaten in verschiedenen fidschianischen Provinzen beschäftigen. In einem Verfahren stehen 16 Personen aus der Provinz Ra, in dem anderen Verfahren 14 Personen aus der Provinz Nadroga vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, Teil einer Verschwörung

gegen die fidschianische Regierung mit dem Ziel der Gründung unabhängiger, christlicher Staaten gewesen zu sein. Die Verschwörung, die sogar illegale Trainings für mögliche Kampfhandlungen beinhaltet haben soll, war 2015 aufgefliegen (siehe Ausgaben aus dem Jahr 2015 der *pazifik aktuell*). Nachdem zunächst viel über die Verschwörung berichtet worden war, steht mittlerweile fest, dass es sich bei der Abspaltungsbewegung offensichtlich um eine kleine Splittergruppierung gehandelt hat, die ohne breite Unterstützung aus der Bevölkerung gehandelt hat und wohl keine ernsthafte Gefahr für den fidschianischen Staat dargestellt hat.

Die beiden wichtigen Prozesse waren eigentlich bereits für Mitte 2016 geplant, sind aber auf Anfang 2017 verschoben worden. Ursprünglich wurde den Angeklagten der Versuch einer Abspaltung als auch das Stiften von gesellschaftlichem Zwiespalt (communal antagonism) zur Last gelegt, der letzte Anklagepunkt wurde nun fallengelassen. Eine von der Verteidigung beantragte Einstellung des Verfahrens wegen mangelnder Beweise gegen die Angeklagten wurde vom Gericht jedoch abgewiesen. Nach Vorlage der geänderten Anklageschriften sind die Verfahren nun bis Ende März auf Antrag der Verteidigung, welche sich mit den neuen Dokumenten vertraut machen möchte, unterbrochen. Die fidschianischen Tageszeitungen veröffentlichen immer wieder auch die Namen der Angeklagten in ihren Artikeln, obwohl diese noch nicht verurteilt worden sind. (*Radio New Zealand International* 24.07.16, 28.02.17, 1.03.17, *Fiji Times* 27.02.17, 28.02.17, 2.03.17)

Vorbereitungen für Parlamentswahl 2018

Fidschi bereitet die Wählerregistrierung für die im kommenden Jahr anstehende Parlamentswahl vor. Die Opposition hatte zuletzt immer wieder eine vorgezogene Neuwahl gefordert, die Regierung will aber am ursprünglichen Wahltermin in 2018 festhalten. Dennoch sollen

bereits jetzt erste Vorbereitungen starten. Dabei geht es insbesondere um die Erfassung von Wählerinnen und Wählern, die seit der letzten Wahl durch Erreichen der Volljährigkeit die Wahlberechtigung erlangt haben oder die ihre elektronischen Wahlausweise verloren haben. Zunächst soll im März und April 2017 eine Delegation der Wahlkommission in benachbarte Inselstaaten reisen, um dort lebende Wahlberechtigte zu registrieren. Aufenthalte der Delegation sind in Samoa, Tonga, den Cook-Inseln, Niue, Nauru, Kiribati, den Marshall-Inseln, Tuvalu, Papua-Neuguinea, den Salomonen und Vanuatu geplant. Die Wahl im Jahr 2018 wird nach 2014 die zweite Wahl nach Übernahme der Macht durch das Militär im Jahr 2006 sein.

Aus der ersten Wahl ging der vorherige Militärführer und Übergangspräsident Voreqe Bainimarama mit seiner *FijiFirst-Partei* mit einer absoluten Mehrheit hervor. Da die Pressefreiheit stark eingeschränkt ist, politische Gegner eingeschüchtert und zum Teil kurz vor der Wahl in Gerichtsverfahren verurteilt worden sind, sprechen nicht alle Beobachter von fairen und demokratischen Wahlen. Bei den letzten Wahlen hatte die erstmalige Wählerregistrierung viel Zeit in Anspruch genommen und waren die Fristen für die Registrierung immer wieder nach hinten verschoben worden. (*Fiji Sun* 25.02.17)

Landbesitzer gegen Landraub für Ressourcenabbau in Namosi

Fidschianische Landbesitzer sind besorgt über die Nutzung natürlicher Ressourcen in der Provinz Namosi, unweit der fidschianischen Hauptstadt Suva. Das Unternehmen *Namosi Joint Venture* besitzt seit Jahren eine Lizenz zur Erschließung von natürlichen Ressourcen in dem Gebiet. Anwohner fürchten nun weitere negative Auswirkungen der Ressourcenausbeutung und insbesondere, dass zusätzlich zu zwei bereits bestehenden kleinen Minen eine dritte Mine eröffnet werden könnte. Darum fordert das *Tikina Namosi*

Landowners Committee (TLNC), der Zusammenschluss lokaler Landbesitzer, ein persönliches Treffen mit dem fidschianischen Premierminister Voreqe Bainimarama. Der Sprecher des Landbesitzer-Komitees Josefa Taulaka sagte, man habe das Gefühl, von niemandem gehört zu werden. Man sei immer gegen die Ressourcenerschließung gewesen, weil man eine Zerstörung der natürlichen Ressourcen und damit verbundenen Landverlust fürchte. Gleichzeitig stellte er klar, dass die Landbesitzer hinter Premierminister Bainimarama stünden, er sei ein "sorgvoller" Premierminister und man glaube, er würde die Sorgen der Anwohner verstehen, wenn man ihm diese schildern könne. Diese Rhetorik von Taulaka spiegelt die große Popularität Bainimarama einerseits, andererseits jedoch auch eine politische Lage, in der es fast unmöglich ist, diesen offen zu kritisieren, wider. Insbesondere fürchtet der TLNC, dass es sich bei einer möglichen dritten Mine nicht um ein unterirdisches Projekt, sondern einen Tagebergbau handeln könnte. Dies wurde von einem Sprecher der Firma *Newcrest Mining Limited*, welche 71 % an *Namosi Joint Venture* hält, jedoch entschieden dementiert. Die Lizenz für das Unternehmen wurde 2015 bereits gegen den Widerstand der TLNC für fünf Jahre bis 2020 verlängert. (*Fiji Sun* 26.2.17, *Fiji Times* 28.8.15, 2.3.17)

VANUATU

Einwanderung aus Taiwan und Philippinen

Die Ureinwohner Vanuatus sind vermutlich vor über 3.000 Jahren aus Taiwan und den nördlichen Philippinen auf die Insel gekommen und nicht wie bisher vermutet aus Australien oder Papua-Neuguinea. Das ist zumindest das Ergebnis einer DNA-Analyse von drei menschlichen Skeletten, die Wissenschaftler der *Australian National University* (ANU) auf dem ältesten bekannten Gräberfeld in Vanuatu gefunden haben. „*Die Ureinwohner Vanuatus sind Asiaten*“, erklärte Professor Matthew Spriggs

von der ANU. Sie seien als erste Menschen überhaupt nach Vanuatu gekommen und hätten sich erst später mit Einwohnern aus Neuguinea und den Salomonen vermischt. Diese Mischung habe zu dem typisch „pazifischen“ Genpool geführt, den man heute überall in der Region finde.

An der Forschung waren Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen beteiligt, darunter Anthropologen, Archäologen und Humangenetiker. Die Ergebnisse publizierte das Team im renommierten Wissenschaftsmagazin „Nature“.

Bei der DNA-Analyse fanden die Forscher auch Gene, die nur über das X-Chromosom vererbt werden. Daraus schlossen sie, dass ein Großteil der ersten Bewohner von Vanuatu wohl Frauen waren, die aus Taiwan und den Philippinen über die offene See gekommen waren. (<http://www.anu.edu.au/news/all-news/origins-of-vanuatu-and-tongas-first-people-revealed>, *The Guardian* 03.10.16)

Neues Gesetz verabschiedet

Das Parlament von Vanuatu hat Anfang Februar ein neues Gesetz zum Informationsrecht verabschiedet. Der *Right to Information Act* regelt im Paragraphen 5 der Verfassung das Recht aller Bürger, Informationen bei Behörden und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes einzuholen. Diese haben nunmehr gegenüber Privatpersonen und den Medien eine gesetzliche Auskunftspflicht bei allen Unterlagen, die nach dem 30. Juli 1980 angefertigt wurden. Bürger müssen aller Voraussicht nach für die Informationen bzw. für Kopien der entsprechenden Dokumente eine Gebühr bezahlen, die Höhe steht derzeit noch nicht fest. (*Vanuatu Daily Post* 06.02.17)

Petition an die australische Regierung

Die fünf einflussreichsten Nichtregierungsorganisationen in Vanuatu haben eine Bittschrift bei der australischen Regierung eingereicht. Mit ihrer Petition „Stop Killing Me-

nesian People in Papua“ fordern sie die Australier auf, künftig Indonesien keine finanzielle Unterstützung im Bereich Rüstungspolitik und Militär mehr zu gewährleisten. Im Rahmen eines militärischen Kooperationsabkommens unterstützt Australien derzeit die indonesische Eliteeinheit *Kopassus* und das Sondereinsatzkommando *Detachment 88* logistisch und finanziell. Außerdem leistet Australien Ausbildungsbeihilfe für indonesische militärische Sondereinheiten.

In der Petition fordern die Organisationen das Recht auf Selbstbestimmtheit der Papua sowie das Recht auf die Oberhoheit über ihre Provinz. Die Unterzeichner solidarisieren sich mit allen Gruppen und Organisationen (darunter auch der *Melanesian Spearhead Group*), die sich weltweit für den Schutz der Menschenrechte in Westpapua einsetzen. Sie fordern die australische Regierung auf, sich an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu halten und das indonesische Militär nicht mit Waffen und Panzerlieferungen o.ä. zu unterstützen.

Die Petition wurde Mitte Januar an die stellvertretende Botschafterin Australiens in Port Vila übergeben mit der Bitte, diese nach Canberra weiterzuleiten. Unterschrieben haben die Geschäftsführer und Präsidenten folgender Organisationen: Vanuatu Free West Papua Association, National Council of Chiefs, National Council of Women, National Youth Council und Vanuatu Non-Government Organisations. (*The National* 20.01.17)

Neukaledonische Schokoladenmanufaktur übernimmt Plantage

Zum 1. Januar hat *Vanuatu Cocoa Premium Limited* (VCPL), eine Tochterfirma des 1979 gegründeten neukaledonischen Schokoladenproduzenten *Biscochoc*, eine 500 Hektar große Kakaopflanzung auf der Insel Malekula übernommen. Verkauft hat die Plantage die australische *Firma Commodity Corporation Limited*.

Der neue Eigentümer plant eine Produktionssteigerung auf der Plantage und will dazu die Kakaoauern besser schulen. Künftig sollen jährlich 1.500 Tonnen Kakao geerntet werden. Außerdem gab VCPL an, zukünftig nur noch Premium-Kakaobohnen zu züchten, die auf dem europäischen Markt sehr gute Preise erzielen. (*Vanuatu Daily Post* 30.12.16, <http://biscochoc.nc/>)

KANAKY (NEUKALÉDONIEN)

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Dr. Matthias Kowasch, Vorstandsmitglied Pazifik-Netzwerk e.V., Graz]

Was verspricht der Präsidentenskandidat Emmanuel Macron in Bezug auf die frz. Überseegebiete?

Am 2. März hat Emmanuel Macron sein Programm für die Präsidentschaftswahlen 2017 vorgestellt. Das 30-seitige Dokument zeigt seine Prioritätenliste, sollte er die Wahlen im Mai gewinnen. Was sagt es über die Überseegebiete?

Auf der vorletzten Seite kommt Macron in dem Dokument genauer auf die Überseegebiete zu sprechen. Dabei verspricht er jährlich 200.000 vergünstigte Flugtickets zu vergeben, insbesondere für Studierende und Unternehmer. Eine weitere Maßnahme betrifft die Einrichtung einer Agentur für Biodiversität („Agence française pour la biodiversité“). In diesem Zusammenhang schlägt er eine internationale Konferenz zur Biodiversität vor, die in einem Überseegebiet organisiert werden könnte. Macron möchte den Überseegebieten die Möglichkeit geben, das allgemeine Rechtssystem den lokalen Gegebenheiten anzupassen.

Die sog. „Überbezahlung“ (frz. *sur-rémunération*), welche Auslandszuschüsse für französische Beamte vorsieht, soll beibehalten werden.

In einem Zeitraum von fünf Jahren möchte Macron den Überseegebieten eine Milliarde Euro im Rahmen territorialer Wirtschaftshilfe

zur Verfügung stellen, wobei die Investitionen insbesondere dem Baugewerbe, dem Tourismus, der Energiewende und Berufsausbildungsprogrammen zu Gute kommen sollen.

Macron möchte die hohen Lebenshaltungskosten in den Überseegebieten bekämpfen und den Regierungen in den Überseegebieten mehr Macht und politische Kompetenzen anvertrauen. Bereits am 22. Juli 2015 wurde das so genannte *Letchimy-Gesetz* eingebracht, am 24. März 2016 wurde es in der französischen Nationalversammlung erstmals diskutiert. Der Gesetzesvorschlag sieht vor, dass die Regierungen der Überseegebiete diplomatische Verhandlungen mit Nachbarstaaten aufnehmen dürfen (z.B. Martinique mit Brasilien). Die Repräsentanten der Überseegebiete würden die gleichen Privilegien und diplomatische Immunität wie französische Staatsbeamte (anerkannt von der Wiener Konvention vom 18. April 1961) genießen.

(Calédonie 1ière vom 3. März 2017, <http://nouvellecaledonie.la1ere.fr>, <https://en-marche.fr/emmanuel-macron/le-programme/outre-mer>, <http://jeunesseoutremer.org/proposition-de-loi-letchimy-vers-une-diplomatie-ultramarine/>)

Glencore: Die Aussichten von Koniambo Nickel verbessern sich

Das Koniambo-Massiv ist eines der größten Nickelvorkommen der Welt. Es ist das Eldorado der Nordprovinz Neukaledoniens. Die Partnerschaft zwischen Glencore und seinem lokalen Partner SMSP, welcher sich für die politische Unabhängigkeit Neukaledoniens einsetzt, wurde erneuert.

Der Jahresbericht vom Schweizer Großkonzern Glencore bescheinigt *Koniambo Nickel* eine positive Entwicklung. Im Jahr 2016 wurden 4.500 Tonnen Nickelmetall produziert. Das Unternehmen bleibt dennoch vorsichtig, stellt aber fest, dass der Nickelpreis auf dem Weltmarkt um 10 % angezogen hat und die Nachfrage nach Ferronickel groß ist. Glencore möchte die Nordfabrik daher weiter unterstüt-

zen und kann zudem auf eine gute Jahresbilanz 2016 verweisen. Im letzten Jahr machte das Gesamtunternehmen, welches über 90 Rohstoffe fördert, 155.000 Mitarbeiter weltweit beschäftigt und in 50 Ländern tätig ist, einen Geschäftsgewinn von 936 Millionen US-\$ (im Gegensatz zu den roten Zahlen in 2015, wo Glencore 8,1 Milliarden US-\$ Verlust machte).

Für das Jahr 2017 beabsichtigen Glencore und sein neukaledonischer Partner SMSP 20.000 Tonnen zu produzieren, bevor der zweite Hochofen repariert wird. Nach der Instandsetzung soll die Fabrik 2018/19 eine Produktionsmenge von 45.000 bis 50.000 Tonnen Ferronickel erzielen. Um diese zu erreichen, muss KNS (Koniambo Nickel SAS) weitere 300 bis 500 Millionen US-\$ investieren.

Die Erzreserven von Koniambo, wenn man mit einem Nickelgehalt von 2,5 % rechnet, werden von Glencore auf 9,7 Millionen Tonnen geschätzt. Geht man von einem Nickelgehalt von 2 % aus, könnten die Gesamtreserven sogar 35,9 Millionen Tonnen betragen.

Der französische Rohstoffhändler Jean-François Lambert, Mitglied des Cyclope-Kreises, der die Rohstoffentwicklung auf dem Weltmarkt analysiert, sagt über Koniambo: *„Es handelt sich um ein sehr reiches Nickelvorkommen, sie haben die technischen Probleme der Fabrik größtenteils gelöst und sind zeitlich in einem guten Timing. Koniambo ist ein Trumpf für Glencore, da es dem Unternehmen für lange Zeit Nickel liefern kann.“*

In der Schweiz verweigert Glencore jedoch jegliche Stellungnahme.

Insgesamt hat Glencore im Jahr 2016 115,100 Tonnen Nickel gefördert (Erze und Nickelmetall), rund 20 % mehr als 2015. Glencore produziert Nickel in Kanada, Norwegen, Australien und Neukaledonien. *(Calédonie 1ière vom 3. März 2017, <http://nouvellecaledonie.la1ere.fr>, Glencore Annual Report 2016)*

MIKRONESIEN

Neuer-alter Präsident gibt Marschrichtung vor

Palau: Ende Januar trat das zehnte Parlament im Capitol in der Hauptstadt des Bundesstaates Melekeok zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Im Beisein hunderter jubelnder Beobachter zogen die Parlamentarier feierlich ein. Der für eine zweite Amtszeit wiedergewählte Präsident Tommy Remengesau jr. gab in seiner Antrittsrede die Strategie der Regierung vor. So werde man demnächst im Parlament über den Anstieg des Mindestlohns debattieren. Außerdem werde man überlegen, wie sich Palau auf dem Tourismussektor im Luxus-Segment positionieren könne. Er wolle sich auch ganz persönlich während seiner zweiten Amtszeit für das Wohlergehen der rund 21.000 Einwohner einsetzen und Reformen im Gesundheitssystem durchsetzen, erklärte Remengesau.

Palau sähe er auf einem guten Weg im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation. Von zentraler Bedeutung sei der Schutz der Umwelt und des Ozeans. Hier habe Palau aufgrund seiner marinen Schutzgebiete und seiner Schutzzonen für Haie und Wale Vorreiterfunktion. Weltweit gelte Palau als Paradebeispiel für den Schutz von Haien und diese Position wolle man auch beibehalten, sagte der Präsident. Die Regierung werde sich auch weiterhin auf internationaler Ebene gegen den Klimawandel engagieren und mit pazifischen Bündnispartnern eng zusammenarbeiten, um die Folgen des Klimawandels für die pazifischen Inselstaaten abzumildern. *(Radio NZ Intern. 21.01.17)*

Marihuana zur Entspannung legalisiert

Guam: Gouverneur Eddie Calvo hat Mitte Januar den Verkauf von Marihuana (getrocknete und zerkleinerte Pflanzenteile der weiblichen Cannabispflanze) legalisiert. Ab sofort dürfen alle Personen über 21 Jahren in lizenzierten Geschäften ein Gramm Marihuana für den persönlichen Gebrauch kaufen.

Der Verkauf von medizinischem Marihuana auf Rezept für schwerkranke Personen war auf Guam schon Anfang 2015 legalisiert worden. Jetzt dürfen Gelegenheitskonsumenten die Droge jedoch zur Entspannung und zum Vergnügen kaufen. Der Weiterverkauf der Droge bleibt verboten bzw. muss der Gewinn dann versteuert werden. Diese so genannte „Sin tax“ gilt nicht für den Weiterverkauf von medizinischem Marihuana, das Patienten nach wie vor auf ärztliches Rezept bekommen.

Geraucht werden darf das Marihuana, egal ob zu medizinischen Zwecken oder rein aus Spaß, nicht in öffentlichen Räumen oder auf der Straße, sondern nur im privaten Umfeld. Bei Verstoß gegen das Verbot werden hohe Geldstrafen fällig. Der Anbau der Cannabispflanzen im eigenen Garten bleibt ebenfalls bei Strafe verboten.

Mit der Legalisierung einer geringen Menge Marihuana für den persönlichen Gebrauch möchte der Gouverneur den Handel auf dem Schwarzmarkt eindämmen. Hier sorgen immer wieder verunreinigte Drogen minderer Qualität für große gesundheitliche Probleme bei Konsumenten.

Info: In Deutschland können schwerkranke Menschen ab März 2017 auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung Cannabis als Medizinprodukt erhalten. Der Bundestag verabschiedete Mitte Januar einstimmig diese Gesetzesnovelle. Der Eigenanbau von Cannabis bleibt weiterhin verboten. (*Pacific Daily News* 10.01.17)

Politik-Zentrum eröffnet

Guam: An der Universität von Guam in der Hauptstadt Hågatña ist Anfang Februar das *Regional Center for Public Policy* eröffnet worden. Das Zentrum versteht sich als Aus- und Fortbildungsstätte für alle am Politikprozess beteiligten Personen. Dort sollen vor allem Regionalpolitiker und politische Entscheidungsträger aus Mikronesien ausgebildet werden. Nach Angaben von Anita Borja Enriquez, der Vize-Präsidentin der Universität, sollen an dem Zentrum Daten und Fakten gesammelt werden, um kleine Inselgemeinden in politischen Entscheidungsprozessen zu unterstützen. Deshalb sollen auch Menschen außerhalb des politischen Entscheidungsgeschehens in die Themenfindung und die Bearbeitung von Problemen mit eingebunden werden, erläuterte Enriquez. (*Guam Pacific Daily News* 16.02.17)

Touristenboom im Januar

Guam: Im Januar des neuen Jahres verzeichnete Guam einen Tourismusboom. 136.029 Touristen besuchten die Insel, das entspricht einer Steigerung von 5,3 % im Vergleich zum Januar 2016. Gouverneur Eddie Calvo zeigte sich überzeugt, dass der Besucheransturm durch die neue Tourisuskampagne ausgelöst wurde: „Visit Guam 2017: Year of Love“ heißt diese und lockt mit verschiedenen kulturellen Veranstaltungen auf die Insel. Guam positioniert sich mit dieser Kampagne auch als Destination für alle Heiratswilligen aus den pazifischen Anrainerstaaten, dazu bietet das Fremdenverkehrsamt verschiedene Gesamtpakete an.

Calvo rechnet für dieses Jahr mit noch mehr Touristen als 2016. Bereits im vergangenen Jahr reisten 1,53 Millionen Besucher nach Guam, ein Rekordjahr für den Tourismusverband. (*Pacific Daily News* 09.02.17, <https://www.visitguam.com/includes/calendar-of-events/Visit-Guam-2017-Year-of-Love-Light-Park/517236/479/>)

Frau in das Parlament nachgerückt

Nauru: Bei den Nachwahlen eines Parlamentssitzes Mitte Januar konnte sich zum dritten Mal in der Geschichte Naurus eine Frau durchsetzen. Die studierte Rechtsanwältin Gabrissa Hartman rückte für den Distrikt Ubenide nach. Sie erhielt 817 Stimmen, ihr Herausforderer Wawani Dowiyogo nur 696. Insgesamt standen 13 Kandidaten zur Wahl, 1.550 Wählerstimmen waren gültig.

Nötig wurde die Nachwahl wegen des plötzlichen Todes des Gesundheits-, Sport-, Fischerei- und Verkehrsministers Valdon Dowiyogo, der im Dezember 2016 einer Nierenerkrankung erlegen war.

Info: Auf der nur 21 Quadratkilometer kleinen Phosphatinsel Nauru leben knapp 10.000 Menschen. Die Republik Nauru verfügt über ein Einkammer-Parlament mit 19 Parlamentariern, davon aktuell zwei Frauen. Präsident des Inselstaates ist seit Juni 2013 Baron Waqa. (*Radio NZ Intern.* 20.01.17, *CIA World Factbook*)

MARSHALL-INSELN

Plastikfreier Sonntag

Die *United Church of Christ* auf dem Atoll Ejit (Majuro-Atoll) hat Ende letzten Jahres den Gebrauch von Styropor- und Plastik-Einweggeschirr verboten und Gemeindeglieder aufgerufen, ihr eigenes Geschirr und Besteck mitzubringen. Traditionell gab es nach den Sonntagsgottesdiensten im Gemeindehaus ein gemeinsames Mittagessen für die Gottesdienstbesucher. Dieses war in Styropor-Behältnissen abgepackt und mit Frischhaltefolie überzogen. Zur Vermeidung dieser umweltschädlichen Plastikabfälle und zum Schutz der Umwelt hat der Kirchenvorstand beschlossen, diese Verpackungen abzusuchen und die Gemeindeglieder aufgerufen, sich von zu Hause ihr eigenes Geschirr mitzubringen. Die Aktion des „plastikfreien Sonntags“ stieß auf Zustimmung der Gemeinde-

mitglieder.

Info: Auf Ejit leben die Nachfahren der Einwohner von Bikini, die wegen der dort stattfindenden Atombombentests und der hohen Cäsium-Belastung im Jahr 1979 zwangsumgesiedelt wurden und auf Ejit eine neue Heimat fanden. (*Marshall Islands Journal 09.12.16, Wikipedia*)

Meeres Gipfel

Vom 3. bis zum 5. April findet in Majuro der erste *National Oceans Summit* (Meeres-Gipfel) der Marshall-Inseln statt. Er wird von der *Marshall Islands Marine Resources Authority* (MIMRA) organisiert und soll Wissenschaftler, Studierende, Politiker und die interessierte Öffentlichkeit miteinander ins Gespräch bringen. Ziel ist es, eine nachhaltige Politik für die weitere Nutzung des Meeres und seiner Ressourcen zu entwickeln.

MIMRA-Direktor Glen Joseph erklärte, bei dem Gipfeltreffen handele es sich um eine Veranstaltung im Rahmen der „Reimanlok“-Politik der Marshall-Inseln. *Reimanlok* bedeutet auf Deutsch „in die Zukunft schauen“ und beinhaltet ein Konzept, wonach sich alle Menschen für die Zukunft des Meeres und der Menschen verantwortlich fühlen sollen. Es geht darum, die staatliche Meeresspolitik nicht von oben her anzuordnen, sondern die Menschen an der Basis mit in alle Entscheidungsprozesse einzubinden und ihre Ideen und ihr Wissen über den Pazifik und dessen Bewohner ernst zu nehmen, erläuterte Joseph.

Majuro hat sich zu einem begehrten Umschlagplatz für den gefangenen Thunfisch im nordwestlichen Pazifik entwickelt, die Thunfischindustrie hat sich seit 2010 verfünffacht. Nun gehe es darum, die Fisch-Industrie innerhalb der Exklusiven Ökonomischen Zone in Einklang mit den traditionellen Fischern zu bringen und alle Interessen zu berücksichtigen, erklärte Joseph ein weiteres Ziel des mehrtägigen Symposiums. (*Marianas Variety 10.02.17*)

Diplomatische Beziehungen zu Kambodscha

Ende Januar haben Vertreter der Regierungen der Marshall-Inseln und Kambodschas diplomatische Beziehungen aufgenommen. Dazu unterzeichneten der Botschafter der Marshall-Inseln in Japan, Tom Kijiner, und die Botschafterin von Kambodscha, Chea Kimtha, ein Partnerschaftsabkommen in der japanischen Botschaft in Tokio. Kijiner überreichte anschließend der kambodschanischen Botschafterin eine traditionelle „Kili Handtasche“ von den Marshall-Inseln.

Bezeugt wurde das Abkommen von Steven Xianxi, dem thailändischen Botschafter für die Marshall-Inseln, sowie dem kambodschanischen Botschaftspersonal in Japan. (*Marshall Islands Journal 27.10.17*)

† Navigator Korent Joel

Im Alter von 68 Jahren starb am 1. Januar in Majuro einer der letzten Meister-Navigatoren der Marshall-Inseln, Kapitän Korent Joel. Kapitän Joel arbeitete in Staatsdiensten als Kapitän (mit Patent) und fuhr Transportschiffe für die Regierung. In seiner Freizeit unterrichtete er junge Menschen bei der Nicht-Technik gestützten Navigation anhand von Sternbildern, den Wellen und dem Wetter. Sein Wissen gab er auch an Forscher der Universität von Hawai'i weiter, die einen Film über die Navigation mit Hilfe der Wellenbewegungen („Wave Piloting“) drehten. Joe Genz von der Universität Hawai'i schrieb sogar seine Examensarbeit über den Navigator mit dem Titel „Marshallese Navigation and Voyaging“.

Kapitän Joel hinterlässt seine Frau und 13 Kinder. (*Marshall Islands Journal 13.01.17, Radio NZ Intern. 16.10.17*)

KIRIBATI

Kein russisches Zarenreich

Die Regierung von Kiribati hat das Ansinnen eines russischen Monarchisten nach dem Aufbau eines Zarenreiches auf drei bisher unbewohnten Inseln nach kontroversen Diskussionen im Parlament einstimmig zurückgewiesen. Der russische Milliardär Anton Bakov hatte der Regierung 120 Millionen US-Dollar für den Ankauf von drei unbewohnten Inseln der südlichen Line-Inseln angeboten. Nach erfolgreichem Ankauf wollte der Parteivorsitzende der russischen Monarchisten-Partei gemeinsam mit seiner Frau Maria auf die Malden, Caroline und Starbuck Inseln emigrieren und dort 320 Millionen US-Dollar investieren. In seinem selbst ernannten Zarenreich wollte er einen eigenen Flughafen, ein Luxus-Resort und weitere Tourismusprojekte bauen.

Bakov war eigens nach Kiribati gereist, um dort mit Präsident Maneti Ma'amau, persönlich zu verhandeln. Er unterbreitete bei einem Gespräch in Tarawa seine Pläne, wonach er aus Malden Island die Hauptstadt eines unabhängigen Zarenreiches machen wollte. Regieren sollte dort Zar Nicholas III (alias der deutsche Adelige Karl-Erich Prinz von Leiningen). Der 64-jährige Ur-Ur-Enkel des russischen Kaisers Alexander II sollte dort die russische Monarchie wieder einführen, wie sie vor der Oktoberrevolution 1917 in Russland bestanden hatte. Bakov begründete die geplante Gründung seines Zarenreiches u.a. mit der Unzufriedenheit vieler Russen über Wladimir Putin und dessen Politik.

Das Kabinett von Kiribati lehnte das verlockende finanzielle Angebot ab, weil Bakov die politische Souveränität über die drei Inseln gefordert hatte. Damit hätte Kiribati diese drei Inseln als Staatsgebiet „verloren“. Zunächst hatte es geheißen, der reiche Geschäftsmann wolle die Inseln nur pachten. Hier ginge es nicht um das Geld, sondern um das Prinzip der Souveränität des Staates, erklärte der Präsident von Kiribati. Selbst ein klei-

ner Teil des Staates sei nicht käuflich zu erwerben, trotz des staatlichen finanziellen Engpasses, machte der Präsident klar.

Bakov sagte, er werde weiter auf der Suche nach einem Gebiet für sein russisches Reich bleiben. Bisher sind alle seine Anfragen an Staaten wie Montenegro, Albanien, Mazedonien, Gambia und auch die Cook-Inseln ergebnislos verlaufen. (Radio NZ Intern. 04.01.17, The Guardian 06.02.17, BBC 27.02.17, Hawaii Radio 01.03.17)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

† Tongas Queen Mother

Tonga: Die Queen Mother Halaevalu Mata'aho 'Ahome'e ist am 19. Februar im Alter von 90 Jahren im neuseeländischen Auckland verstorben. Sie starb im Beisein ihrer Enkelin Prinzessin Angelika, die diese ins Krankenhaus begleitet hatte.

Mata'aho wurde am 29. Mai 1926 in eine tongaische Adelsfamilie geboren. Sie heiratete im Juni 1947 Siaosi Taufa'ahau Tupoulahi († 2006), den ältesten Sohn von Königin Saote Tupou III. Nach dem Tod von König Salote 1965 wurde Taufa'ahau im Juli 1967 zum König Tupou IV gekrönt und Mata'aho zur Königin. Das Paar bekam vier Kinder, von denen nur noch zwei leben: Prinzessin Salote Mafie'o Pilolevu Tuita und der amtierende König Tupou VI, der Nachfolger seines verstorbenen Bruders wurde.

Die Queen Mother hinterlässt zudem 11 Enkelkinder und zahlreiche Urgroßenkel. Sie wurde am 1. März auf dem königlichen Friedhof Mala'ekula gegenüber des königlichen Palastes in Nuku'alofa beigesetzt. Die Beerdigung wurde live im Internet übertragen. (Matangi Tonga 20.02.17, Wikipedia, Youtube)

Windenergie für Tongatapu

Tonga: Die japanische Entwicklungshilfeorganisation *Japan International Cooperation Agency* (JICA) fördert finanziell einen Windpark auf der Insel Tongatapu. Das haben Vertreter der JICA und der tongaischen Regierung beschlossen. Der Windpark soll spätestens im April 2019 in Betrieb gehen. Er soll ausreichend Strom für die ganze Insel erzeugen.

Tonga muss dringend mehr Projekte im Bereich erneuerbare Energien aufbauen, wenn es seinen ehrgeizigen Plan zur Nutzung erneuerbarer Energien einhalten möchte. Die Regierung hatte sich vorgenommen, bis zum Jahr 2020 rund 50 % des benötigten Energiebedarfs im Königreich über erneuerbare Energien zu decken. (Matangi Tonga Magazine 17.01.17)

Hohe Abbrecherquote in höheren Schulen

Tonga. In der ersten Parlaments-sitzung nach der Weihnachtspause am 30. Januar diskutierten die Parlamentarier in sehr angespannter Atmosphäre über die hohe Durchfallquote von Schülern der *Secondary Schools*, also der weiterführenden Schulen in Tonga. Hunderte von Schülern der letzten drei Jahrgangsstufen bestanden die Abschlussprüfungen nicht und können so entweder nicht in die nächsthöhere Klasse versetzt werden oder müssen die Schule jetzt nach der zehnten Klasse gänzlich ohne Schulabschluss verlassen. Grund für die hohe Durchfallquote ist wohl das in aller Eile im vergangenen Jahr von Premierminister und Bildungsminister Akilisi Pohiva geänderte Notenverfahren. Pohiva hatte eigenmächtig das Notenvergabesystem geändert. Seine Entscheidung hatte schon im vergangenen Jahr für große Proteste unter der Schüler- und Lehrerschaft geführt. Bei den diesjährigen Abschlussprüfungen zeigte sich nun die Konsequenz aus der Änderung: Allein über 200 Schulabgänger können wegen der verpatzten Prüfungen nicht an die Universität wechseln und hängen jetzt als ar-

beitslose „drop-outs“ auf den Straßen herum.

Vor allem die adeligen Lords im tongaischen Oberhaus klagten die Bildungspolitik des Ministers an. Der Bekanntgabe der hohen Durchfallquote folgten tumultartige Szenen im Parlament. Die Parlamentarier wurden aufgefordert, sich zu überlegen, wie die Schüler doch noch einen qualifizierten Schulabschluss erreichen können. (Matangi Tonga Magazine 05.02.17, Pacnews 21.09.15)

Politische und juristische Auseinandersetzungen nach aufgehobener Verurteilung von Ex-Premierminister

Tuvalu: In Tuvalu kommt es seit vergangenem Jahr zu heftigen politischen und juristischen Verwerfungen zwischen zwei unterschiedlichen Gruppierungen. Auf der einen Seite stehen die Anhänger des seit 2013 amtierenden derzeitigen Regierungschefs Enele Sopoaga, auf der anderen Seite die Unterstützer des früheren Premierministers Apisai Ielemia, der von 2006 bis 2010 im Amt war.

Die Entwicklung der Auseinandersetzungen mit zahlreichen Verstrickungen könnte man durchaus als einen „politischen Krimi“ bezeichnen. Einer der Auslöser der derzeitigen politischen Krise in dem polynesischen Inselstaat war die umstrittene Verurteilung Ielemias aufgrund von angeblicher Korruption. Laut dem ursprünglichen Urteil musste Ielemia an Wochenenden eine Haftstrafe absitzen. Da in Haft befindliche Personen laut Verfassung nicht ins Parlament gewählt werden dürfen, verlor er damit nach Auslegung seiner politischen Gegner auch seinen Parlaments-sitz. Die Verurteilung Ielemias wurde jedoch in einem Berufungsverfahren aufgehoben, allerdings erst, nachdem Ielemia die Haftstrafe am 6. Mai 2016 angetreten hatte. Der Sprecher des Parlaments (entspricht in etwa dem deutschen Parlamentspräsidenten), Otinielu Tauteleimalae Tausi, entschied daraufhin, Ielemia aufgrund seiner ursprünglichen Verurteilung vom

Parlament auszuschließen. In einer späteren Abstimmung unterstützte eine Mehrheit der Abgeordneten die Entscheidung, die Ielomia jedoch nicht anerkannte.

An dieser Stelle kommt eine weitere kontroverse Figur ins Spiel: Der seit Anfang 2016 amtierende Präsident des obersten Gerichtshofs (*chief justice*) Tuvalu, der Australier Charles Sweeney. Er wurde von Premierminister Sopoaga als Nachfolger des ebenfalls aus Australien stammenden Sir Gordon Ward bestimmt, dem es zuvor de facto nicht mehr möglich war, nach Tuvalu einzureisen. Dies wiederum liegt darin begründet, dass Ward vor seiner Ernennung zum Präsidenten des obersten Gerichtshofs von Tuvalu Präsident des fidschianischen Berufungsgerichts war. Von dieser Funktion trat er aus Protest gegen die Machtübernahme des Militärs im Jahr 2006 jedoch zurück, was die fidschianische Übergangsregierung unter dem heutigen Premierminister Voreqe Bainimarama wiederum dazu veranlasste, ein Einreiseverbot gegen Ward zu verhängen. Dies versperrte Ward den einzigen regelmäßigen Zugang nach Tuvalu, das nur regelmäßig von Fidschi aus angeflogen wird. Bei Wards Nachfolger Sweeney handelt es sich um einen früheren Klienten von Premierminister Sopoaga.

Sweeney urteilte als Präsident des obersten Gerichtshofs am 5. Oktober 2016, dass die Entscheidung des Parlamentssprechers, Ielomia seinen Sitz im Parlament zu entziehen, rechtens gewesen sei. Dies sei darin begründet, dass die Haftstrafe Ielomias erst aufgehoben worden sei, nachdem er bereits seine Haftstrafe angetreten hatte. Wäre die Verurteilung vor Antritt der Haftstrafe aufgehoben worden, hätte er nach Ansicht Sweeneys hingegen seinen Parlamentssitz behalten können. So ordnete Sweeney eine schnellstmögliche Nachwahl eines Abgeordneten in Ielomias Wahlkreis an. Diese sollte zunächst am 6. Dezember 2016 stattfinden, wurde von Premierminister Sopoaga allerdings auf den 7. März 2017 verschoben. Laut Einschätzung des

Magazins *Islands Business* könnte dies vor dem Hintergrund geschehen sein, den Ausgang weiterer Gerichtsverfahren abzuwarten. Bei der nun stattfindenden Nachwahl gilt Ielomia – der seinen Parlamentssitz nach Rechtsauffassung zwar durch den Haftantritt verloren hat, durch die Aufhebung der Strafe jedoch wieder zu einer Kandidatur berechtigt ist – nun wieder als Favorit. Anders als bei den letzten Wahlen gibt es in seinem Wahlkreis, der Insel Vaitupu, jedoch erstmals einen von der Regierung gestützten Gegenkandidaten.

Die politische Auseinandersetzung beinhaltet jedoch noch weitere Verstrickungen. So hob der Präsident des obersten Gerichtshofs Sweeney in einem anderen umstrittenen Urteil eine zuvor gegen Sopoaga und fünf weitere Personen verhängte Strafe in Höhe von 50.000 Australischen Dollars aufgrund der Diffamierung eines im Jahr 2012 verstorbenen Politikers auf. Zuvor hatte das Berufungsgericht eine Aufhebung der Verurteilung eigentlich bereits abgelehnt. Sweeney begründete seine Entscheidung damit, dass die Klage ursprünglich von dem diffamierten Politiker erhoben worden war, das finale Urteil jedoch erst nach seinem Tod im Jahr 2012 gefallen sei. Zwar hatte Sweeneys Vorgänger Ward Sopoaga bereits zuvor verurteilt, die Urteilsverkündung aber vertagt. Aus Sicht von Sweeney sei es nicht rechtens gewesen, die Witwe des Politikers automatisch als Rechtsnachfolgerin in dem Verfahren zu behandeln.

Die Urteile gegen Ielomia und für Sopoaga haben im November 2016 zu für tuvaluische Verhältnisse großen Demonstrationen auf der Hauptstraße des Hauptstadt-Atolls Funafuti geführt. Die von Ielomia selbst angeführten Demonstranten forderten die Absetzung der Regierung und die Entlassung von Sweeney als Präsidenten des obersten Gerichtshofs. Premierminister Sopoaga hatte eigentlich angeordnet, dass die Proteste nur auf Ielomias Privatgrundstück stattfinden dürften und noch am Morgen des geplanten Demonstrationzugs versucht, diesen

durch eine Rede im nationalen Radio zu unterbinden, in der er unter anderem mit dem Einsatz der Polizei zur Beendigung der Proteste drohte. Letztlich blieben die Proteste jedoch friedlich.

Währenddessen ist es im vergangenen Jahr auch zu Auseinandersetzungen zwischen Sweeney und der Generalstaatsanwältin (*Attorney-General*) Eselealofa Apinelu gekommen. Apinelu, die bereits während der Regierungszeit von Ielomia eingesetzt worden war, hatte die Entscheidung des Parlamentssprechers, Ielomia auszuschließen, kritisiert. Sweeney wirft Apinelu vor, damit ihre Befugnisse überschritten zu haben. Als Generalstaatsanwältin sei sie eine juristische Beraterin der Regierung, habe jedoch nicht die Funktion, ihre Meinung öffentlich zu äußern und habe sogar entgegen der Interessen der Regierung gehandelt. In Tuvalu ist die Position des *Attorney-General* mit der eines Generalstaatsanwalts zu vergleichen, in einigen anderen Staaten (wie z.B. Fidschi) handelt es sich um ein politischeres Amt mit weiteren Befugnissen und teilweise auch Mitgliedschaft im Regierungskabinett, das eher mit dem Amt des deutschen Justizministers vergleichbar ist. (*Artikel von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk e.V., Berlin. Islands Business Januar 2017, Radio New Zealand International 29.6.16, 17.10.17, Wikipedia*)

Ethik-Kodex verabschiedet

Samoa: Der samoanische Medienrat hat Mitte Februar einen Ethik-Kodex für Journalisten verabschiedet. Der Kodex ist individuelle ethisch auf der Ebene des einzelnen Journalisten bindend und soll ihnen als Leitfaden für eventuelle ethische Konflikte bei ihrer journalistischen Tätigkeit dienen. Kernpunkte des Kodex sind Richtlinien zu den Feldern Recherche, Persönlichkeitsrechte, wahrheitsgemäße Berichterstattung und Trennung von redaktionellen Inhalten und Anzeigen.

Die 15 Mitglieder des Medienrates unter Vorsitz der Rechtsanwältin Leautulilagi Vanessa Barlow

Schuster hatten sich einstimmig für die Verabschiedung des Kodex ausgesprochen. Besonders betont wird in dem Kodex die Presse- und Meinungsfreiheit, wie sie in der samoanischen Verfassung festgelegt ist. Die Mitglieder des Rates, allesamt hochrangige, gut ausgebildete Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sollen über die Einhaltung des Ethik-Kodex wachen. Sie sind jedoch ebenfalls in der Ausübung ihrer eigenen beruflichen Tätigkeit an die Inhalte des Kodex gebunden, wie ein Sprecher des Rates mitteilte. (Talamua 17.02.17)

Pilotprojekt zur Einkommensschaffung

Samoa: Das samoanische Ministerium für Frauen und Jugend hat ein Pilotprojekt mit zehn kinderreichen armen Familien gestartet. Die Familien sollen finanziell so unterstützt werden, dass sie ein eigenes kleines Geschäft eröffnen können. Man wolle so verhindern, dass schulpflichtige Kinder auf der Straße Waren und Gartenprodukte verkaufen müssten, um zum Familieneinkommen beizutragen. Die Gelder sollen den Eltern ermöglichen, ihre Kinder in die Schule zu schicken und sie nicht mehr als Straßenverkäufer zu „missbrauchen“.

Das Frauenministerium wird in dieser ersten Phase des Pilotprojektes von kleinen und mittelständischen Betrieben unterstützt. Bei Erfolg, soll das Projekt ausgeweitet werden, damit noch mehr Kinder in die Schule gehen können anstelle auf der Straße zu stehen. (Radio NZ Intern. 30.01.17)

Strategie für Cybersicherheit

Samoa: Anfang Februar hat die Regierung Samoas die Strategie für Cybersicherheit (*Samoa National Cyber Security Strategy*) für den Zeitraum 2016 bis 2021 vorgestellt. Der Minister für Kommunikation und Informationstechnologie, Afamasaga Rico Tupa'i, sagte, zwar sei Samoa geographisch ein

sehr abgelegener Ort im Pazifik, was z.B. den Waffen- und Drogenschmuggel erschwere. Aber ein Hackerangriff von außen oder der Versand von Viren und Spam-E-Mails betreffen natürlich auch die Samoaner. Man sei leider nicht immun gegen Cyberattacken von außen und müsse sich dementsprechend vor Missbrauch schützen, erklärte der Minister. Angesichts der für 2020 erwarteten Fertigstellung des pazifischen Breitbandkabels Pacific Cable und der damit einhergehenden Möglichkeit des zügigen Internetausbaus auch in ländlichen Regionen, hält der Minister die jetzt vorgestellte Strategie zum Schutz vor Kriminellen für wichtig. Es gehe nun darum, Daten auf den privaten Rechnern der Samoaner zu schützen, etwa vor Kreditkartenmissbrauch.

Minister Tupa'i rief die anwesenden Regierungsvertreter und die Unternehmer aus der freien Marktwirtschaft dazu auf, das Strategiepapier zur Cybersicherheit „nicht auf den Bücherregalen verstauben zu lassen, sondern es aktiv zu nutzen und bei Problemen dort nachzuschlagen.“ (Samoa Observer 01.02.17)

Kampf gegen Zika-Virus

US-Samoa: Das amerikanische Center for Medicaid and Medicare hat dem Gesundheitsministerium von Amerikanisch-Samoa 1,1 Millionen US-Dollar zur Bekämpfung des Zika-Virus zur Verfügung gestellt. Derzeit herrscht in US-Samoa eine hohe Erkrankungsrate. Über 1.000 Personen sind mit dem Virus infiziert, darunter auch 28 schwangere Frauen.

Mit den Sondermitteln sollen bereits erkrankte Personen besser behandelt werden, sowie Vorsorgemaßnahmen ergriffen werden, wie etwa ein besonderer Mückenschutz und die Zerstörung stehender Gewässer, in denen sich die Überträgermücken gerne aufhalten.

Info: Das Zika-Virus wird über Stechmücken und durch ungeschützten Geschlechtsverkehr übertragen. Es führt zu Hautaus-

schlag und hohem Fieber. Besonders gefährlich ist das Virus für schwangere Frauen, es kann zu schweren Gehirn-Schädigungen des Fötus führen.

(<http://samoanews.com/local-news/over-1million-going-doh-combat-zika-virus>)

StarKist bleibt in US-Samoa

US-Samoa: Trotz fehlender Pachtlizenzen für den weiteren Ausbau der StarKist-Fabriken in Pago Pago hat die Geschäftsführung bekanntgegeben, den Standort Amerikanisch-Samoa nicht aufzugeben. Man suche nach Möglichkeiten, sich mit dem Gouverneur, dem *fono* (traditionelles Parlament) und der Regierung zu einigen, hieß es.

Der Fabrik fehlen seit Jahren größere Kühlräume für den verarbeiteten Thunfisch. Diese müssten auf dem Gelände einer staatlichen Werft gebaut werden, wo die Schiffe mit dem gekühlten Thunfisch anlanden können. Bis dato verweigert die Territorialregierung von US-Samoa die Verpachtung des Geländes an den fischverarbeitenden Betrieb.

Die amerikanische Firma StarKist betreibt in Pago Pago seit 1963 Fabriken zur Verarbeitung von Thunfisch und anderen Meerestieren. Die Firma ist mit 2.100 Angestellten der größte Arbeitgeber in US-Samoa. Wegen mangelnder Gefriermöglichkeiten musste die Fabrik im vergangenen Jahr bereits eine vierwöchige Produktionspause einlegen. Der Thunfisch konnte wegen der fehlenden Gefrierschränke nicht verarbeitet werden. Der Mangel an Kühlmöglichkeiten verhindert ebenfalls die Anstellung von 800 zusätzlichen Arbeitern. Für sie wäre genug Arbeit da, wenn es die Möglichkeit gäbe, Thunfisch in größeren Räumen über längere Zeit einzufrieren. Die bisherigen Möglichkeiten erlauben nur das Einfrieren für einen Zeitraum von bis zu 10 Tagen, weil die Schränke dann wegen des ständigen Nachschubs übertoll sind.

(<http://www.talane.com/2017/02/10/close-but-no-lease-yet-between-starkist-and-asg/>, <http://starkist.com/>)

Museum eröffnet

Cook-Inseln: Anfang Februar hat in Muri auf der Insel Rarotonga das ethnologische Museum „Te Ara-Cook Islands Museum of Cultural Enterprise“ eröffnet. In dem zwei-stöckigen Gebäude mit seiner beeindruckenden, mit bunten Frangipani-Blüten bemalten Fassade, wird die Geschichte der Cook-Inseln von prähistorischen Zeiten bis in die Gegenwart hinein präsentiert.

Das Museum ist ein Gemeinschaftswerk von Stan Wolfgramm und Julie Smith, die sich für den Bau eines ethnologischen Museums stark gemacht hatten. Zu dem Museum gehört auch ein Museumsshop, in dem nur Produkte lokaler Handwerker aus den Cook-Inseln verkauft werden. Auch das dem Museum angeschlossene kleine Café bietet nur regionale Spezialitäten mit lokalen Zutaten an. Das Museum kann vielfältig genutzt werden, weil es im zweiten Stock einen multifunktionellen Raum besitzt, der sowohl zum Feiern als auch für Konferenzen genutzt werden kann.

Wolfgramm und Smith hatten das Konzept gemeinsam mit dem Tourismusamt entwickelt. Auf Anregung des Fremdenverkehrsamtes gibt es im Museumsshop Miniaturen der Exponate zu kaufen, so z.B. traditionelle Vaka-Auslegerboote. Touristen würden gerne nach dem Besuch des Museums „ein Stück Geschichte“ mit nach Hause nehmen, erklärte Wolfgramm. Durch den Verkauf lokaler Handwerksprodukte würden Einnahmequellen für die Menschen geschaffen und die Muri-Lagune gewinne an weiterer Attraktivität für ausländische Gäste. (Cook Islands News 01.02.17, Facebook-Seite des Museums)

FRZ.-POLYNESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk e.V., Hawai'i]

Le Pen will Unabhängigkeitsreferendum

Im Zuge der Ende April stattfindenden französischen Präsidentschaftswahlen hat die Kandidatin der rechtsradikalen *Front National*, Marine Le Pen, Anfang Februar angekündigt, dass falls sie Präsidentin werden sollte, nach 10 bis 15 Jahren ein Referendum der Selbstbestimmung in Französisch-Polynesien durchgeführt würde. Anzustreben sei allerdings nicht die Unabhängigkeit, sondern vielmehr ein Status der freien Assoziation mit Frankreich, in der Paris weiterhin für Außenpolitik, Verteidigung, Justiz und Währung verantwortlich wäre, aber alle anderen Kompetenzen von der Landesregierung ausgeübt würden.

Dies stellt eine überraschende Wendung gegenüber früheren Positionen der *Front National* dar, denen zu Folge die Überseegebiete als integraler Bestandteil Frankreichs bezeichnet und jegliche Schritte in Richtung von mehr Autonomie als „Separatismus“ verurteilt wurden.

Interessanterweise deckt sich der neue Programmpunkt Le Pens fast vollständig mit dem der lokalen Partei Tahoeraa Huiraatira des früheren Präsidenten der Landesregierung Gaston Flosse. Flosse, der ursprünglich strikt profranzösisch eingestellt war, hatte sich in den letzten Jahren nicht nur mit den meisten lokalen profranzösischen Politikern sondern auch mit den Gaullisten Frankreichs überworfen und sich einerseits im lokalen Kontext stärker polynesischnationalistisch positioniert, andererseits auf nationaler französischer Ebene nach neuen Partnern gesucht und sich unter anderem auch mit Le Pen getroffen. Dass die *Front National* nun Flosses Zukunftspläne in ihr Wahlprogramm übernommen hat, könnte darauf hindeuten, dass Flosse versucht, durch eine Allianz mit Le Pen neu-

en politischen Auftrieb zu gewinnen.

Währenddessen hatte Flosses langjähriger Rivale Oscar Temaru, ebenfalls ein ehemaliger Präsident der Landesregierung und Zeit seines Lebens Befürworter der vollen Unabhängigkeit, letztes Jahr überraschend angekündigt, selbst als Kandidat für das französische Präsidentschaftenamt anzutreten. Dies freilich nur, um die Sendezeit, die allen Kandidaten im frz. Staatsfernsehen gewährt wird, dazu zu nutzen, auf nationaler französischer Ebene für die Entkolonisierung seines Landes zu werben. Ende Februar 2017 reiste er deshalb nach Frankreich, um die für eine Kandidatur nötigen 500 Unterschriften gewählter Volksvertreter aus 30 verschiedenen Départements zu sammeln. (*Pacific Islands Report, Tahiti-Infos*)

Frz. Parlament beschließt Verbesserung der Entschädigung von Atomtestopfern

Am 9. Februar stimmte die Pariser Nationalversammlung einstimmig dafür, das 2010 erlassene Gesetz zur Entschädigung von Atomtestopfern (nach dem damaligen Verteidigungsminister „Morin-Gesetz“ genannt) dahingehend zu verbessern, dass alle Geschädigten angemessene Entschädigungen erhalten können. Bisher scheiterten fast alle solche Ansprüche an einer Klausel, die die meisten durch Strahlung verursachten Gesundheitsschäden als „geringfügig“ einstuft und Entschädigungen ausschließt. Die Organisation *Moruroa e Tatou* und andere Atomtestopferverbände hatten deshalb jahrelang für eine Modifikation des Morin-Gesetzes gekämpft, bis Präsident François Hollande schließlich vor einem Jahr bei einem Besuch in Tahiti eine solche Abänderung versprach, dem aber zunächst scheinbar keine Folge leistete.

Die nun beschlossene Änderung streicht wie gefordert die Geringfügigkeits-Klausel. Roland Oldham, Präsident von *Moruroa e Tatou*, zeigte sich erfreut über den Beschluss. Gleichzeitig bleiben aber

die Opferverbände verständlicher-weise solange skeptisch, bis tatsächlich massenweise Entschädigungen gezahlt werden. (*Polynésie première, Tahiti-Infos*)

† John Taroanui Doom (1936-2016)

Am 25. Dezember starb der tahitische Politiker, Kirchenfunktionär, Gelehrte und Atomtestopfer-Aktivist John Taroanui Doom im Alter von 80 Jahren nach einer schweren Krankheit.

Doom wurde am 6. Mai 1936 in Papeete geboren und wuchs auf der südlich von Tahiti gelegenen Insel Tupuai auf. Nach der Schule absolvierte er eine technische Berufsausbildung als Fachmann für Molluskenzucht und arbeitete von 1956 bis 1962 im Fischereiministerium der Territorialverwaltung. Dabei hatte er maßgeblichen Einfluss auf die Einführung moderner Techniken der Perlenzucht, die heute ein wichtiger Teil der Exportwirtschaft des Landes ist. Aufgrund seiner rhetorischen Fähigkeiten und seiner perfekten Zweisprachigkeit in Tahitisch und Französisch wechselte er 1962 ins staatliche Radio, wo er bis 1967 für Sendungen in tahitischer Sprache verantwortlich und gleichzeitig auch für die Administration als Dolmetscher tätig war. In letzterer Funktion begleitete er 1966 eine französische Regierungsdelegation nach Moruroa, um den ersten Atomwaffentest zu beobachten - ein traumatisches Erlebnis, das Doom sein Leben lang prägte.

1965 begann er eine kurzlebige lokalpolitische Karriere und wurde erster Beigeordneter des neugewählten Bürgermeisters der Gemeinde Pirae, des späteren Präsidenten der Landesregierung Gaston Flosse, wechselte aber aufgrund von Differenzen mit Flosse nach zwei Jahren von der aktiven Politik in die Administration der Gemeinde, der er bis 1971 als Generalsekretär des Bürgermeisteramts vorstand.

Seine entscheidende berufliche Karriere fand jedoch im Rahmen der auf britische und französische

Kalvinisten zurückgehenden *Evangelischen Kirche Französisch-Polynesiens* (EPPF, der die Mehrheit der Bevölkerung des Landes angehört) statt. Bereits 1962 wurde er Diakon in seiner Kirchengemeinde und stieg schnell innerhalb der Kirchenverwaltung auf. Als Laienvertreter in die Synode gewählt, wurde er 1971 Generalsekretär der Kirche und hatte diesen Posten bis 1988 inne. Zudem war er von 1972 bis 1976 auch Direktor der theologischen Schule der EPPF. Neben den Theologen Turoa Raapoto, Jacques Ihorai und Taaroanui Maraea hatte Doom maßgeblichen Einfluss auf die Politisierung der bis dahin eher konservativen Kirche, die sich Anfang der 1980er Jahre erstmals klar gegen die Atomtests und später sogar für die Unabhängigkeit des Landes aussprach. Das Verfechten dieser besonders von Raapoto und Doom geprägten „polynesischen Befreiungstheologie“ gipfelte 2004 in der Umbenennung der Kirche in *Etaretia Porotetani Maohi* (EPM, „Protestantische Maohi-Kirche“).

Mit seinen damals in Tahiti seltenen guten Englischkenntnissen war er auch schon früh in der Vernetzung seiner Kirche mit dem Rest des Pazifiks und der ganzen Welt aktiv. Von 1966 bis 1989 war er als Vertreter der EPPF Mitglied des Exekutivrats der *Pacific Conference of Churches*, und von 1976 bis 1983 schließlich zusätzlich noch Mitglied des Zentralkomitees des Weltkirchenrats (WKR) in Genf. Von 1983 bis 1989 saß er im Ausschuss für Internationale Beziehungen des WKR. 1989 wurde er zum Exekutivsekretär des WKR für die Pazifikregion und hatte damit bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2000 einen permanenten Arbeitsplatz in Genf. Damit hörte allerdings seine Arbeit mit dem WKR noch nicht auf, denn von 2006 bis 2013 war er Präsident des WKR für die Pazifikregion.

Daneben war Doom auch als Experte der tahitischen Sprache gefragt. 1972 gehörte er zusammen mit Maco Tevane und mehreren anderen lokalen Intellektuellen zu den Gründern der *Tahitischen Akademie* (geschaffen nach dem

Vorbild der Französischen Akademie, die seit dem 17. Jahrhundert den offiziellen Gebrauch der frz. Sprache reguliert). Von 2002 bis 2012 diente Doom der Akademie als Kanzler, seit 2012 als Direktor. Als Vertreter der Akademie saß er außerdem seit 2009 im *Conseil Economique Social et Culturel*, einem beratenden Gremium der Landesregierung.

Am Bekanntesten wurde er allerdings durch seinen langjährigen Einsatz für die Opfer der Atomtests und seine Rolle in der weltweiten Vernetzung von Solidaritätsbewegungen. Unter Doods Federführung wurde das pazifische Exekutivsekretariat im Rahmen der Organisation *European Pacific Solidarity* zum zentralen Knotenpunkt dieser Solidarität. Nach seiner Pensionierung und Rückkehr nach Tahiti machte sich Doom dann als Mitbegründer der Atomtestopfervereinigung *Moruroa e Tatu* (MeT), einen Namen, und blieb lange Zeit die treibende Kraft innerhalb der Organisation, neben dem französischen Friedensaktivisten Bruno Barillot und dem tahitischen Gewerkschaftler Roland Oldham. Durch sein Gewicht in der EPPF/EPM hatte Doom entscheidenden Anteil daran, dauerhafte logistische Unterstützung der protestantischen Kirche für MeT zu gewinnen.

In seiner neuen Funktion als Koordinator von MeT reise Doom Anfang des neuen Jahrtausends erneut viel nach Europa, und nahm auch an vielen Veranstaltungen des deutschen Pazifik-Netzwerks und der damals noch existierenden gesamteuropäischen Partnerorganisation ECSIEP teil.

Nach dem Tod seiner Frau Tetua vor fünf Jahren zog sich Doom langsam aus dem aktiven Leben zurück und arbeitete an seinen Memoiren, blieb aber nach wie vor sowohl in der Akademie und bei MeT präsent. Bevor sich sein Gesundheitszustand verschlechterte, gelang es ihm, sein autobiographisches Buch abzuschließen, das im Oktober 2016 erschien.

Nach seinem Tod kam es zu zahlreichen Beileidsbekundungen und

Würdigungen seiner Person, unter anderem vom Präsidenten des WKR, der Landesregierung Französisch-Polynesiens, den Vorsitzenden der wichtigsten Parteien des Landes und zahlreichen Kollegen und Weggefährten. Trotz teilweise sehr unterschiedlicher politischer Einstellungen lobten alle, dass Doom stets große Toleranz und Respekt gegenüber anderen gezeigt hatte, ohne aber dabei seine Überzeugungen zu kompromittieren. In Anerkennung seines Lebenswerks kündigte der Präsident der Landesregierung Edouard Fritch an, den jährlich vergebenen tahitischen Literaturpreis zukünftig nach John Taroanui Doom zu benennen.

Am 27. Dezember 2016 wurde er neben seiner Frau auf dem protestantischen Gemeindefriedhof von Papeari beigesetzt. John und Tetua hinterlassen eine große Familie mit zahlreichen Enkeln und Urenkeln.

(Tahiti-Infos, Radio New Zealand, Website des WKR, eigene Recherchen; Autobiographie: *A he'e noa i te tau: Mémoires d'une vie partagée* (Papeete: Editions Haere Po No Tahiti, 2016))

RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk e.V., Hawai'i]

Edmunds bleibt Bürgermeister

Im Zuge der chilenischen Kommunalwahlen am 23. Oktober 2016 wurde der langjährige Bürgermeister Petero Edmunds Paoa (im Amt 1994-2008, sowie erneut seit 2012) mit einer deutlichen Stimmenmehrheit von 55 % für vier weitere Jahre im Amt bestätigt. Seine Herausforderinnen Sofia Faundez Hey und Lynn Rapu Tuki erreichten deutlich weniger Stimmen.

Der ebenfalls neugewählte sechsköpfige Gemeinderat besteht erstmals zur Hälfte aus Frauen, nämlich der ehemaligen Gouverneurin Marta Hotu Tuki sowie den politischen Neulingen María Ika Araki und Ana Pate Haoa. Zwei langjäh-

rige Gemeinderäte, Julio Araki Tepano und Mai Teao Osorio, wurden wiedergewählt. Der neugewählte Ricardo Espinoza Alvarado vertritt als einziger nicht-indigener Gemeinderat die zahlreichen auf der Insel lebenden chilenischen Siedler. (*El Correo del Moai*)

Staatsbesuch von den Cook-Inseln

Ende Januar besuchte erstmals eine hochrangige Regierungsdelegation der Cook-Inseln Rapa Nui. Die Delegation wurde angeführt von Tom Marsters, dem Vertreter von Königin Elisabeth II und damit Ersatz-Staatsoberhaupt des faktisch selbständigen, mit Neuseeland assoziierten Landes (in gewissem Sinne dem deutschen Bundespräsidenten vergleichbar). Empfangen wurde Marsters von Gouverneurin Corolina Hotu. Der Besuch stand im Rahmen der im März 2016 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen den Cook-Inseln und Chile, das die Insel verwaltet. Vor allem ging es der Regierung der Cook-Inseln aber darum, kulturellen Austausch mit der Inselbevölkerung in die Wege zu leiten, um das gemeinsame Kulturerbe der beiden eng miteinander verwandten ostpolynesischen Völker zu pflegen. (*Gobernación Isla de Pascua*)

HAWAI'I

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk e.V., Hawai'i]

Letzte Zuckerplantage stellt Betrieb ein

Ende Dezember letzten Jahres stellte die Firma *Hawaiian Commercial & Sugar*, die in Pu'unēne auf der Insel Maui die letzte noch bestehende Zuckerplantage undmühle Hawai'is betrieb, endgültig ihren Betrieb ein.

Nachdem bereits in den 1990er und 2000er Jahren zahlreiche Zuckerplantagen auf den anderen Inseln geschlossen wurden, markiert dies das endgültige Ende einer

Ära. Etwa ein Jahrhundert lang, von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jh., war der Export von Rohzucker in die USA der Hauptwirtschaftszweig des Archipels, und große Flächen der Inseln waren mit Zuckerrohrfeldern bedeckt. Doch seit der Massentourismus in den 1950er Jahren die Plantagenwirtschaft als wichtigste Einkommensquelle ablöste, konnten die hawaiischen Plantagen immer weniger mit denen in ärmeren Ländern, vor allem in Lateinamerika und Asien, mithalten.

Einher mit der Auflösung der Plantagen kommt ein Verlust von Kulturlandschaft, da die aufgelassenen Felder entweder verwildern oder als Neubaugebiete zubetoniert werden und die die Landschaft mit ihren Schornsteinen prägenden Zuckermühlen fast alle abgerissen wurden. Doch die Zuckerindustrie hatte ihrerseits bereits die Kulturlandschaft der Inseln massiv verändert, indem beispielsweise von der regenreichen Ostseite Mauis Wasser abgeleitet wurde, um die in trockeneren Regionen liegenden Zuckerplantagen zu versorgen. Einheimische Bauern in Ostmaui hatten deshalb seit Generationen nicht mehr genug Wasser, um ihre Taro-Felder ausreichend zu bewässern und wünschen sich nun, dass das Wasser endlich auf ihre Seite der Insel zurückgeleitet wird. Ob es tatsächlich dazu kommt, bleibt aber abzuwarten, denn es ist geplant, auf Teilen des Plantagengeländes Neubaugebiete zu errichten, deren Einwohner dann vermutlich ebenso viel Wasser verbrauchen werden wie die Plantagen. (*Honolulu Star Advertiser, eigene Recherchen*)

Fall vor Haager Gericht wird neu aufgerollt

Der 1999 bis 2001 vor dem Ständigen Schiedshof (Permanent Court of Arbitration) in Den Haag verhandelte Prozeß *Larsen v. Hawaiian Kingdom* wird neu aufgerollt.

In dem Fall ging es darum, dass Lance Larsen, ein hawaiischer Staatsbürger, Ende der 1990er Jahre in Hilo auf der Insel von Hawai'i von den US-amerikanischen

Behörden aufgrund einer Ordnungswidrigkeit verhaftet und tagelang eingesperrt wurde. Er verklagte daraufhin die geschäftsführende Regierung des Hawaiischen Königreichs, die 1995 von Keanu Sai als eine Art Exilregierung gegründet wurden war, weil sie Larsen als hawaiischen Staatsbürger nicht gegen Übergriffe der amerikanischen Besatzungsmacht geschützt hatte.

Der Haager Gerichtshof, der grundsätzlich nur über Fälle verhandelt, in denen mindestens eine Partei ein Staat ist, akzeptierte den Fall als legitim und stellte fest, dass das hawaiische Königreich ein heute existierender Staat ist, und anerkannte Sais geschäftsführende Regierung als die legitime provisorische Regierung dieses Staates an. Infolgedessen war ein Schiedsgericht aus anerkannten Völkerrechtsexperten einberufen worden, um den Fall zu klären. Die Experten waren dann zu dem Schluss gekommen, in der Sache nicht weiter verhandeln zu können, solange die USA, eine unentbehrliche dritte Partei, sich weigerten, an dem Verfahren teilzunehmen.

Den beiden Parteien war damals empfohlen worden, das Schiedsgericht in eine Untersuchungskommission umzuwandeln, um eine völkerrechtlich verbindliche Einschätzung des politischen Status der Hawaiischen Inseln einzuholen. Dieses Vorhaben scheiterte damals allerdings an den zu hohen Kosten für ein solches Unterfangen.

Heute, mehr als 15 Jahre später, ist nicht nur der inzwischen promovierter Politikwissenschaftler Sai selbst als Experte des völkerrechtlichen Status Hawai'i's weltweit renommiert, seine geschäftsführende Regierung ist auch dabei, durch den Verkauf hawaiischer Staatsanleihen das Geld für ein weiteres Verfahren aufzubringen. Ende letzten Jahres gelang es Sai zudem, während einer Vortragsreise durch Italien den angesehenen italienischen Völkerrechtler Federico Lenzerini, Jura-Professor an der Universität Siena, als Rechtsbeistand für den Fall zu gewinnen. Ende Januar besuchte Lenzerini

Hawai'i, um sich selbst ein Bild der Situation auf den Inseln zu machen. In einem öffentlichen Vortrag im Auditorium der Kamehameha-Schule präsentierten Sai und Lenzerini ihr geplantes weiteres Vorgehen in dem Fall. Die Veranstaltung hatte mehr als 600 Zuschauer und beide Experten erhielten stehende Ovationen. Lenzerini war zutiefst gerührt und meinte, in seiner langjährigen Arbeit als Jurist habe er noch nie so tiefe emotionale Reaktionen erlebt.

Die Einberufung der Untersuchungskommission wird für die nächsten Monate erwartet.

(Teilnahme an letztgenannter Veranstaltung, eigene Recherchen)

Facebook-Chef schürt Konflikt um Landrechte

Der als Gründer des sozialen Netzwerks Facebook bekannte amerikanische Milliardär Mark Zuckerberg sorgte Anfang dieses Jahres für einen Skandal, als bekannt wurde, dass er mit einem Heer von Anwälten versuchte, alteingesessene hawaiische Familien auf der Insel Kauai dazu zu zwingen, ihm ihren angestammten Landbesitz zu verkaufen.

Zuckerberg hatte vor einigen Jahren für mehr als hundert Millionen Dollar einen großen Block von mehreren hundert Hektar Land an der Nordküste der Insel erworben, um sich dort eine von der Außenwelt abgeschottete luxuriöse Urlaubsresidenz einzurichten. Das Problem war jedoch, dass sein neuerworbener Landbesitz Dutzende kleiner Grundstücke umschloss, die einheimischen Bauern im Zuge der Landreform der 1840er und 50er Jahre von der Regierung des hawaiischen Königreichs als sogenannte Kuleana-Grundstücke überschrieben worden waren. Da die Besitzurkunden damals an einzelne Individuen ausgestellt wurden, befinden sich die meisten dieser Grundstücke heute im Besitz mehrerer hundert Erben des damaligen Eigners, obwohl meistens nur wenige dieser Erben auf dem jeweiligen Grundstück leben und es bewirtschaften.

Amerikanisches Recht sieht für diesen Fall vor, dass die Absicht eines einzelnen Teilerben, das Grundstück verkaufen zu wollen, ausreicht, um alle Erben zum Verkauf zu zwingen.

Da Zuckerberg auf seinem Riesengrundstück keine Exklaven anderer Leute haben wollte, leiteten seine Anwälte eine Reihe solcher Zwangsverkäufe von Grundstücken ein. Doch dies führte zu einem Sturm der Entrüstung unter vielen Einheimischen. Nachdem bereits das meiste Land der Inseln in den Händen Nichteinheimischer ist, sei es skandalös, nun auch noch den letzten hawaiischen Familien mit Landbesitz diesen wegnehmen zu wollen, so die Argumentation.

Anders als manch andere amerikanische Millionäre auf Hawai'i zeigte sich Zuckerberg schließlich durch die Proteste beeindruckt und piff seine Anwälte zurück. Er habe keine Ahnung gehabt, dass Land für einheimische Hawaier eine tiefe emotionale und spirituelle Bedeutung hat, und dass die fraglichen Familien teilweise seit Jahrhunderten in der Gegend leben.

Während Zuckerbergs Einsicht begrüßt wurde, hat der Vorfall weiterreichende Folgen, denn er leitete eine grundsätzliche Debatte über den Schutz hawaiischen Landbesitzes ein. Nun wird darüber diskutiert, ob man nicht die rechtlichen Regeln grundsätzlich ändern sollte, um zu garantieren, dass Kuleana-Grundstücke im kollektiven Besitz der Erben verbleiben. *(Honolulu Star Advertiser; eigene Recherchen)*

† Palani Vaughan (1944-2016)

Am 8. Dezember 2016 starb der hawaiische Musiker und politische Aktivist Palani Vaughan überraschend im Alter von 72 Jahren. 1944 in Honolulu geboren, besuchte Vaughan die Kamehameha-Schule und studierte Musik an der Universität von Hawai'i. Seine Karriere als Musiker begann in den 1960er Jahren als Teil des Ensembles „Sunday Manoa“ mit Pe-

ter Moon, doch später trat er meistens als Solist auf, zumeist als sich selbst auf der Gitarre begleitender Sänger. Während er anfangs vor allem die heute als kitschig geltenden „Hapa Haole“-Songs aufführte, widmete er sich bald vor allem der hawaiischen Musik des späten neunzehnten Jahrhunderts und machte sich vor allem durch Neuinterpretationen der zahlreichen von König Kalākaua (1836-1891, reg. 1874-91) komponierten Lieder und durch stilistisch davon inspirierte Neukompositionen einen Namen. Im Zuge der „zweiten Hawaiischen Renaissance“ der 1970er und 1980er Jahre wurde Vaughan somit zu einem wichtigen Akteur des Wiederauflebens einheimischer Traditionen. König Kalākaua blieb Zeit seines Lebens Vaugans wichtigste historische Bezugsfigur und musikalisches Vorbild, wobei letzteres sogar sein Aussehen betraf, den Vaughans Markenzeichen war sein im Stil des Königs getragener kräftiger Backenbart. In gewissem Sinne war Vaughan somit gleichzeitig Interpret der Werke Kalākauas, Experte zum Leben des Königs und Inkarnation des Königs selbst.

Ebenfalls ganz im Sinne des Königs engagierte sich Vaughn neben seiner Musik auch politisch. Er trat auf zahlreichen Veranstaltungen der Unabhängigkeitsbewegung auf, wobei er nicht nur musikalische Begleitung lieferte, sondern auch eine klare politische Haltung gegen die amerikanische Okkupation des Archipels einnahm. Anders als viele andere Aktivisten drängte er sich aber nie in den Vordergrund, sondern zeichnete sich vielmehr durch seine Bescheidenheit aus. (*Honolulu Star Advertiser, eigene Recherchen*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Jubiläum für Saisonarbeiter

Im April jährt sich zum zehnten Mal die Teilnahme von Gastarbeitern aus Vanuatu am neuseeländischen *Recognised Seasonal Employer Scheme (RSE)*, dem Programm zur Anwerbung von Saisonarbei-

tern in der Obsternte und beim Gemüseanbau. Jährlich kann Vanuatu über dieses Programm 3.500 Saisonarbeiter entsenden. Diese werden nicht nur in der Landwirtschaft, sondern bei Bedarf auch im Hotel- und Gaststättengewerbe eingesetzt.

Das neuseeländische Arbeitsministerium hat anlässlich des großen Erfolgs dieses Programms angeboten, weiteren 500 Arbeitern pro Jahr eine befristete Arbeitserlaubnis zu erteilen.

Nach Angaben eines Sprechers des vanuatischen Arbeitsministeriums hat das RSE entscheidend zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Ni-Vanuatus in ländlichen Regionen beigetragen. In den sechs Monaten ihres Arbeitseinsatzes verdienen sie genug Geld für sich und ihre Familien und können zu Hause zur Verbesserung der Lebensumstände beitragen, indem sie z. B. ein kleines Geschäft eröffnen. Die Arbeiter können sich jährlich neu zur Teilnahme an dem Programm bewerben und so regelmäßig Geld (etwa auch für den Schulbesuch ihrer Kinder) nach Hause schicken. Das Mindestalter zur Teilnahme beträgt 21 Jahre und setzt gute körperliche Fitness voraus.

(*ABC 08.02.16, Vanuatu Daily Post 03.02.17, <https://www.employment.gov.au/seasonal-worker-programme>*)

INDONESIEN WESTPAPUA

Menschenrechtsbericht für UPR-Verfahren eingereicht

Indonesien: Gemeinsam mit der Nichtregierungsorganisation *Watch Indonesia!* in Berlin und der *Weltorganisation gegen Folter (OMCT)* in Genf hat das *Westpapua-Netzwerk (WPN)* einen Menschenrechtsbericht zur Lage in Indonesien beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (Human Rights Council) eingereicht. Der 16-seitige englischsprachige Bericht erklärt die Situation von Gewaltausübung durch Sicherheitskräfte, Verletzun-

gen der Ausdrucks- und Versammlungsfreiheit, die Anwendung der Todesstrafe, die fehlende Vergangenheitsaufarbeitung, die Rolle des Militärs sowie die Situation von Menschenrechtsverteidigern und indigenen Völkern. Der Schattenbericht gibt umfangreiche Reformempfehlungen und soll den Vereinten Nationen bei der Einschätzung der Menschenrechtssituation Orientierungshilfe geben.

Info: Der Bericht der drei Organisationen soll bei der UPR Anwendung finden. Der *Universal Periodic Review (UPR)* ist das Verfahren des Menschenrechtsrats, bei dem die UN-Mitgliedsstaaten periodisch auf die Umsetzung aller Menschenrechte hin überprüft werden. Dies ist unabhängig davon, welche Menschenrechtsverträge von dem jeweiligen Land unterzeichnet wurden. Nachdem Indonesien bereits 2008 und 2012 dem UPR-Verfahren unterzogen wurde, wird ein dritter Review Ende April 2017 durchgeführt.

Das Verfahren hatte in den vergangenen Runden in Bezug auf Westpapua die Probleme von Straflosigkeit, die mangelnde Kooperation mit den UN-Menschenrechtsmechanismen sowie auch das fehlende Recht auf freie Meinungsäußerung angesprochen.

(*Westpapua-Netzwerk online, eigene Recherche*)

Tagung der *International Coalition on Papua*

Genf: Vom 22. bis zum 23. Februar diskutierten rund 60 Teilnehmende aus Australien, Fidschi, Tahiti, Papua-Neuguinea, Westpapua, Indonesien und vielen europäischen Ländern in Genf (Schweiz) über die aktuelle Menschenrechtssituation im indonesischen Teil der Insel Neuguinea. Zu der Veranstaltung über Westpapua mit dem Titel *„Human Rights in West Papua“* eingeladen hatte die *International Coalition for Papua of faith based and civil society organisations (ICP)* in Kooperation mit dem Ökumenreferat des Weltkirchenrats.

Hochkarätige Redner informierten bei der *West Papua Consultation* in den Räumen des Weltkirchenrates über verschiedene Aspekte. So sprach der fidschianische Rechtsanwalt Laitia Tamata von der *Pacific Islands Association of NGOS* aus Suva über das neu erwachte Interesse der unabhängigen pazifischen Inselstaaten an dem Schicksal der einheimischen Papuas in der Provinz Westpapua. Tamata begründete dies u.a. mit der kulturellen und ethnischen Verwandtschaft der Papuas mit den melanesischen Völkern des Pazifiks. Der Ozean trenne nicht etwa die "indonesisch annektierten" (Zitat) Papuas von den Menschen Ozeaniens, sondern verbinde sie. So sei den Menschen Ozeaniens die Menschenrechtssituation auf der anderen Seite der Grenze nicht egal.

Schon acht Pazifikstaaten haben auf internationaler Ebene, u.a. bei den Jahreshauptversammlungen der Vereinten Nationen, ihre Stimme für Westpapua erhoben und sich für das Recht auf Selbstbestimmtheit der noch rund 1,8 Millionen indigenen Papua stark gemacht.

Reverend François Pihate, der aus Tahiti gebürtige Generalsekretär der Pazifischen Kirchenkonferenz, ging in seinem Beitrag auf die biblische Geschichte des barmherzigen Samariters ein. Es sei nachgerade eine christliche Pflicht, sich als pazifische Staatengemeinschaft für den Schutz der Menschenrechte in Westpapua einzusetzen.

Pastor Kinim Siloi, der Partnerschaftsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea, lobte in seinem Beitrag das seit 2009 bestehende Partnerschaftsabkommen seiner Kirche mit der evangelischen Kirche in Indonesien, GKI. Partnerschaftsbesuche und gemeinsame Tagungen seien ein Symbol für die christliche Verbundenheit über die Staatsgrenzen hinweg, so Siloi. Er wolle nach seiner Rückkehr nach Papua-Neuguinea gemeinsam mit dem Kirchenrat (Church Council) der ELC-PNG unter Leitung des Bischofs Jack Urame über weitere

Möglichkeiten nachdenken, wie die evangelische Kirche von Papua-Neuguinea die Menschen in Westpapua vor weiteren Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär schützen könne.

Im weiteren Verlauf der Tagung informierte Adrien-Claude Zoller, Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation "Geneva for Human Rights", über die UN-Mechanismen in der Menschenrechtsarbeit für Papua. Vertreter und Vertreterinnen von Organisationen aus Papua und Indonesien sprachen dann über ihr (auch juristisches) Engagement für die Rechte der Papuas. Vor allem die im niederländischen Exil lebenden Papuas sind international gut vernetzt, top ausgebildet und engagiert bei der Sache. Auch die kirchlichen Orden wie die Franziskaner und einheimische Orden aus Papua setzen sich für den Schutz der Menschenrechte ein. Ihre Vertreter informierten aus christlicher Perspektive über die Problematik. Ein Vertreter des katholischen Ordens SVD aus Rom erklärte, er wolle sich zukünftig im vatikanischen Kontext für die Belange Westpapas engagieren. Das sei bei der hohen Anzahl der kirchlichen Entscheidungsträger im Vatikan recht einfach, weil sich viele engagierte kirchliche Würdenträger gut mit den jeweiligen Botschaftern der UN-Mitgliedsländer verstünden und man auf informeller Ebene schnell ins Gespräch komme, wie Pater Daisuke Narui von der SVD mitteilte.

Der erste Konferenztag endete mit einer offenen Informationsrunde, zu der auch explizit die Botschafter aus Genf eingeladen worden waren. Neben einer großen indonesischen Delegation, deren Leiter überraschend klare Worte für die Haltung der indonesischen Republik in der Westpapua-Frage fand, nahm auch der Botschaftsassistent von den Salomonen an dieser Informationsrunde teil. In einem bestens vorbereiteten Kurzvortrag, der auf viel Begeisterung bei den Zuhörern stieß, erklärte er unumwunden die Unterstützung der Salomonen für die Papuas und zitierte Auszüge aus der Rede des salomonischen Premierministers vor

den Vereinten Nationen.

Am zweiten Tag der Konferenz tagte die Mitgliederversammlung der ICP, dort stellten sich u.a. neue Mitglieder dieses europaweit agierenden Netzwerkes von kirchlichen und nicht-kirchlichen Organisationen vor. (*eigene Recherche, Teilnahme Julia Ratzmann an der Konferenz*)

Moderne Markthalle eröffnet

Westpapua: Der indonesische Präsident Joko Widodo hat Mitte Januar in der papuanischen Provinzhauptstadt Jayapura eine moderne Markthalle für papuanische Bäuerinnen eröffnet. Seit April vergangenen Jahres war im Norden der Stadt Jayapura an diesem modernen fünfstöckigen Verkaufsbauwerk gebaut worden. In der Halle gibt es fest installierte Marktstände, Strom und öffentliche Toiletten.

Der „Pasar Mama-Mama Papua“ ist vor allem für Verkäuferinnen aus dem Hinterland gedacht, die ihre landwirtschaftlichen Produkte in der Stadt verkaufen wollen. Bisher nutzten die rund 120 zugelassenen Markt-Frauen dafür einen aufgelassenen Parkplatz an einer belebten Straßenkreuzung. Nun wurde ihnen im Rahmen eines Förderprogramms zur besseren Einbeziehung der papuanischen Grassroot-Ebene in die Wirtschaft der indonesischen Provinz Westpapua ein moderner Warenumschlagplatz errichtet. (*Radio NZ Intern. 18.01.17*)

AUSTRALIEN

Unterstützung der *Forum Fisheries Agency*

Australien wird in den nächsten 30 Jahren die *Forum Fisheries Agency* (FFA) bei der Überwachung der Fischgründe im Pazifik mit jährlich rund 11 Millionen US-Dollar unterstützen. Insgesamt investiert der Staat über diesen langen Zeitraum 330 Millionen US-Dollar in das so genannte *Australian Aerial Surveillance Support Program*.

Mit den Geldern sollen regelmäßige Überwachungsflüge der Australier in den pazifischen Fischfanggebieten erfolgen. Ziel ist es, illegal dort fischende Boote aufzubringen und die Thunfischbestände vor maßloser Ausbeutung zu schützen.

Der Direktor der FFA, James Movic, begrüßte die finanzielle Unterstützung. Sie ermögliche den Pazifikstaaten eine nahezu lückenlose Überwachung ihrer Gewässer aus der Luft. Bereits im Juli dieses Jahres soll das Überwachungsprogramm intensiviert werden.

Info: Die *Pacific Islands Forum Fisheries Agency* wurde als zwischenstaatliche Behörde 1979 gegründet. Ihr gehören neben Australien und Neuseeland 15 Pazifikstaaten an. Ziel der Zusammenarbeit ist die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände im Pazifik und der Schutz vor Überfischung und illegalem Fischfang. Sitz der Organisation ist Honiara auf den Salomonen. (*Radio NZ Intern.* 31.01.17, <http://www.ffa.int/>)

Unterstützung für Gesundheitsdienst

Anfang des Jahres haben Australien und die Salomonen ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, dass dem Gesundheitssektor auf den Salomonen im Zeitraum von 2017 bis 2020 eine finanzielle

Unterstützung in Höhe von 47 Millionen US-Dollar zusichert. Der australische Botschafter für die Salomonen, Rod Brazier, erklärte, die Unterstützung des Gesundheitssektors sei ein wichtiges Anliegen der australischen Regierung. In den nächsten vier Jahren wolle man sich verstärkt auf den Ausbau der Kleinkindgesundheitsfürsorge sowie um den Ausbau von Basisgesundheitsleistungen konzentrieren. Die finanzielle Unterstützung in den vergangenen Jahren habe bereits Früchte getragen, sagte Brazier sichtlich stolz. So ist zum Beispiel die medizinische Ausstattung in den kleinen Krankenstationen im ländlichen Gebiet heute so gut wie nie zuvor. 74 % aller Gesundheitsstationen verfügten über notwendige medizinische Geräte und Medikamente. Vor Beginn der australischen Förderung hätten nur 53 % aller Gesundheitsstationen diesen Standard gehabt. (*SIBC 06.01.17*)

Unterstützung bei Ausbildung

Mit 7,5 Millionen AUS-Dollar unterstützt die Regierung ein Ausbildungs- und Förderprogramm im Königreich Tonga. Am 25. Januar wurde dieses Abkommen im *Fa'onehua Convention Centre* in Nuku'alofa (Tonga) feierlich von Vertretern Australiens und Tongas unterzeichnet. Die auf fünf Jahre angelegte Initiative „Tonga Skills“ möchte junge Menschen bei der Erlangung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung unterstützen. Es mangelt in Tonga an Ausbildungsbetrieben für Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluss. Hier will die australische Regierung über die Firma Scope Global aus Adelaide ansetzen. Diese soll Ausbildungsstätten und Betriebe so umstrukturieren, dass dort fortan Menschen eine qualifizierte Ausbildung absolvieren können. Es sollen vor allem Kleinst- und mittelständische Betriebe so weiterentwickelt werden, dass sie Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten anbieten können. Schwerpunkt von „Tonga Skills“ soll es sein, behinderte Menschen, niedrig qualifizierte Frauen sowie Menschen ohne

formalen Schulabschluss von den Außeninseln in berufsbildende Maßnahmen zu bringen.

Bei der Unterzeichnung des Programms im Konferenzzentrum trugen zwei Referentinnen die Erfolgsgeschichten von Betrieben vor, die in der Vergangenheit von australischen Fördergeldern profitiert hatten und die Ausbildungsmöglichkeiten schaffen konnten, namentlich das *Ahopanilolo Technical College* und die Firma *Pacific Sunrise Fishing*.

Das Ausbildungsprogramm „Tonga Skills“ wird vom tongaischen Bildungsministerium und vom *National Qualifications and Accreditation Board* unterstützt. (*Matangi Tonga Magazine 26.01.17*)

SPORT

Fußballwettkampf der U17 Junioren im pazifischen Raum

Die U17-Meisterschaft vom 11. bis zum 24. Februar 2017 war die sechzehnte Auflage des alle zwei Jahre stattfindenden internationalen Jugendfußballturniers im Raum Ozeanien. Der Wettkampf wurde vom Ozeanischen Fußballverband (OFC) organisiert und gilt als höchstklassiges Turnier im pazifischen Raum für Jugendliche bis zu 17 Jahren. An dem Turnier nahmen die U17-Nationalmannschaften aus Fidschi, Neukaledonien, Neuseeland, Tahiti, Papua-Neuguinea, den Salomonen und Vanuatu teil.

Unter den Teams, die sich in der Vorrunde durchsetzen konnten und sich somit für das Halbfinale qualifiziert haben, war neben den Salomonen, Neuseeland und Neukaledonien auch die Mannschaft aus Papua-Neuguinea. Für das Team aus PNG war dies ein historischer Erfolg, der im ganzen Land Anerkennung und Bewunderung hervorrief.

Im Finale standen sich allerdings Neuseeland und Neukaledonien

gegenüber. Obwohl Neuseeland das Spiel mit 7:0 Toren für sich entscheiden konnte, sind beide Finalisten für die FIFA-U17-Weltmeisterschaft 2017 in Indien nominiert und werden die Region Ozeanien dort vertreten. (Artikel von Daniel Bergmann, *The National Sport* 22.02.17)

Nachträgliche Silber-Medaille

Die samoanische Gewichtheberin Ele Opeloge hat nachträglich die Silber-Medaille im Gewichtheben ab 75 Kilogramm der Olympischen Spiele von Beijing aus dem Jahr 2008 zuerkannt bekommen.

Ele Opeloge (geboren am 11. Juli 1985 in Vaoala/Samoa) ist eine von fünf Geschwistern, die international für Samoa als Gewichtheber antreten. Sie nahm als Fahnenträgerin ihres Landes an den Olympischen Sommerspielen 2008 im chinesischen Beijing teil, wo sie zunächst den vierten Rang in der Kategorie ab 75 kg mit einer persönlichen Bestleistung von 269 Kilo erringen konnte. Im August 2016 wurde bei einer groß angelegten Nachüberprüfung der Sportler von 2008 festgestellt, dass sich die bisherigen Silber- und Bronzesiegerinnen, die Ukrainerin Olha Korobka und die Kasachin Marija Grabowezkaja, ihre Erfolge mittels Doping erschlichen hatten. Daraufhin wurden beide disqualifiziert und ihre Medaillen neu verteilt. Ele Opeloge erhielt Silber und wurde damit zur ersten Olympiasiegerin ihres Heimatlandes.

Derzeit plant das S.A.S.N.O.C. (*Samoa Association of Sports and National Olympic Committee*) die Feier zur persönlichen Übergabe der Medaille an Opeloge. Dies gestaltet sich schwierig, da die bisherige Silbermedaillengewinnerin ihre Medaille nicht herausgeben möchte und das Nationale Olympische Komitee keine Medaillen in Reserve hat. Außerdem lebt Opeloge inzwischen in Neuseeland und müsste extra für die Medaillenübergabe nach Samoa reisen. In einem Interview mit der Tageszeitung „*Samoa Observer*“ widmete

die Gewichtheberin die Medaille ihrem Heimatland und bedankte sich vor allem bei ihrem Trainer, Tuapepe Asiata Wallwork, der immer an sie geglaubt und sie bei Rückschlägen ermutigt habe.

Info: Die 168 cm große und 124 Kilogramm schwere Ele Opeloge gewann zwei Goldmedaillen bei den Ozeanien-Meisterschaften in den Jahren 2007 und 2008 und die Silbermedaille im Jahr 2006. 2010 errang sie die Goldmedaille bei den *Commonwealth Games* in Delhi (Indien) und steigerte dabei ihre persönliche Bestleistung auf 285 kg. 2012 belegte sie den 6. Platz bei den Olympischen Spielen in London.

(*Samoa Observer* 30.12.16, 05.01.17, <http://www.sports-reference.com/olympics/athletes/op/ele-opeloge-1.html>)

Auszeichnung für polynesischen Footballer

Der US-amerikanische American-Football-Spieler Marcus Ardel Taulauniu Mariota ist mit dem *Polynesian Pro Football Player of the Year 2016 Award* ausgezeichnet worden. Mit diesem Preis werden jährlich seit 2013 Profi-Sportler aus Polynesien oder mit polynesischer Abstammung für besondere sportliche Verdienste geehrt. Der Preis wird von der Fluggesellschaft *Hawaiian Airlines* gesponsert.

Mariota wurde am 30. Oktober 1993 als Sohn samoanischer Auswanderer in Honolulu (Hawai'i) geboren. Seit 2015 spielt er in der amerikanischen Profiliga NFL auf der Position des Quarterbacks für die „*Tennessee Titans*“. Von 2012 bis 2014 spielte er an der *University of Oregon College-Football* und gewann in dieser Zeit die *Heisman Trophy*.

Info: Mariota ist 1,93 m groß und wiegt 101 kg. Am 24. Dezember brach er sich bei einem Spiel das rechte Wadenbein und musste operiert werden. Derzeit darf er das Bein noch nicht belasten und absolviert eine Reha-Maßnahme. Tennessee-Trainer Mike Mularkey zeigte sich zuversichtlich, dass Mariota bei gutem Heilungsverlauf

nach vier bis fünf Monaten wieder voll einsatzfähig ist. Schon jetzt gilt Mariota aufgrund seines sportlichen Talents als einer der besten Quarterbacks in der amerikanischen Profiliga.

(<https://www.polynesianfootballhof.org/>, *Radio NZ Intern*. 07.01.17, *Wikipedia*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Ungewöhnlicher Rat des Premiers

Samoa: Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi hat die Bevölkerung Samoas mit deutlichen Worten aufgefordert, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Das Bevölkerungswachstum der rund 190.000 Samoaner stagniere, weil die Menschen später heirateten und sich eher auf ihre Karriere konzentrierten denn auf Kinder, bemängelte der Premier. Ein junges Paar könne früh anfangen und doch mindestens zehn Kinder in die Welt setzen, forderte Malielegaoi. Von Familienplanung, wie sie die Ärzte propagierten, halte er rein gar nichts. Ihn störe nicht nur die zunehmende Kinderlosigkeit der Samoaner, sondern auch die Umkehrung der Geschlechterrollen. Es könne doch nicht sein, dass ein erwachsener Mann im Haus bleibe, putze, koche und die Kinder versorge, während die Frauen arbeiten gingen.

Viele Kinder bedeuteten, dass sich später im Rentenalter immer jemand um die Eltern kümmern könne, erklärte der Premier sein Ansinnen. Er ergänzte wörtlich: „*I encourage our people to do their part to increase the population*“. (*Samoa Observer* 31.01.17)

Preise im Tourismus vergeben

Samoa: Erstmals hat Samoa die „*Tourism Excellence Awards*“ in zwölf verschiedenen Kategorien vergeben. Die Gewinner wurden im Rahmen einer Feierstunde im *Taumeasina Island Resort* von Premierminister Tuilaepa Sa'ilele

Malielegaoi geehrt. In den letzten zehn Monaten waren 11.084 zufällig ausgewählte Touristen aufgefordert worden, Unterkünfte, Restaurants und Dienstleistungsbetriebe zu bewerten. Sie mussten dazu einen Fragebogen ausfüllen. Zu den Kategorien gehörten z.B.: der beste Taxistand, der beste Transfer zum Flughafen, die größte Hygiene, das beste abendliche Kulturprogramm sowie die beste Bar. Ausgezeichnet wurde neben Restaurants und Hotels z.B. auch das Robert Louis Stevenson Museum als attraktivste Sehenswürdigkeit. Einen Sonderpreis, den *National Tourism Excellence Award*, gewann das Sea Breeze Resort. (*Samoa Observer* 09.01.17)

Erste Pilotin

Vanuatu: Die 27-jährige Katura Marae ist die erste weibliche Pilotin bei der einheimischen Fluggesellschaft *Air Vanuatu*, die eine Fluglizenz für die ATR 72-600 bekommen hat. Mit diesem doppelmotorigen Passagierflugzeug werden die nationalen Flugrouten zwischen Tanna und Santo bedient, sowie auch die Route zwischen Vanuatu und Suva (Fidschi). Marae begann ihre fliegerische Ausbildung 2013 bei der Fluglinie und arbeitete sich durch Aus- und Fortbildungen in den Rang der Ersten Offizierin hoch. Bei *Air Vanuatu* sind noch zwei weitere Pilotinnen eingestellt, diese dürfen jedoch nur Kleinflugzeuge auf regionalen Kurzstrecken lenken.

Die am 3. Dezember 1989 geborene Marae war in ihrer Jugend eine international erfolgreiche Athletin. Mit nur 14 Jahren hatte sie sich zur Teilnahme an den Olympischen Spielen 2004 in Athen für den 100 Meter Sprint der Frauen qualifiziert. Sie kam damals als jüngste Teilnehmerin mit 13,49 Sekunden als letzte ins Ziel.

Info: Die ATR 72 ist ein vom französisch-italienischen Konsortium *Avions de Transport Régional* hergestelltes Turboprop-Regionalverkehrsflugzeug für Fracht- und Passagierdienste auf Kurzstrecken.

Der Hochdecker wird zivil und militärisch genutzt. (*Vanuatu Daily Post* 09.02.17, *Wikipedia*)

Neue Samoa-App

Samoa: Das ethnologische Museum von Samoa hat einen Audio-guide für mobile Endgeräte entwickelt. Nutzer können sich die kostenlose App „Malamalama Trail“ auf ihr Smartphone herunterladen und damit Sehenswürdigkeiten in Apia besuchen. Die App führt die Nutzer in einem Stadtrundgang zu interessanten Orten und Gebäuden, wie etwa dem Bahai'i Tempel oder dem alten Gerichtsgebäude. Einmal dort angekommen, können die Nutzer detaillierte Informationen über die Sehenswürdigkeiten in englischer Sprache anhören und auch nachlesen. Fotos, Karten und Grafiken ergänzen die Inhalte.

Die Programmierung der App wurde vom Tourismusverband Samoas finanziert und von *Scope Global* und *Pacific Islands Trade and Invest* technisch umgesetzt. Der Tourismusverband hat im Rahmen eines Strukturentwicklungsplanes zur Weiterentwicklung des Tourismus diese Gelder von der Regierung zur Verfügung gestellt bekommen.

(<https://izi.travel/en/6781-the-malamalama-trail/en>, *Samoa Observer* 14.02.17)

† Ruby-Anne Laufa

Papua-Neuguinea: Eine ehemalige Schönheitskönigin von Papua-Neuguinea, Ruby-Anne Laufa, ist zwei Tage vor ihrem 25. Geburtstag Opfer eines Gewaltverbrechens geworden und an ihren schweren Verletzungen gestorben. Die Jurastudentin (geb. 13. Februar 1982) war am Samstagabend, 11. Februar mit dem Auto von ihrem Freund in ihrem Elternhaus abgeholt worden. Wenig später fand man die schwerverletzte junge Frau auf der Straße nahe des Universitätscampus in Waigani im Nordwesten der Hauptstadt Port Moresby, wo Laufa kurz vor ihrem Studienabschluss stand. Sie starb später an inneren Blutungen im General Hospital in Port Moresby.

Die Polizei geht bislang davon aus, dass Laufa von ihrem Freund zunächst geschlagen und dann während der Fahrt aus dem Auto geworfen wurde.

Ruby-Anne Laufa konnte 2012 und 2013 die Krone als Schönheitskönigin von Papua-Neuguinea (*Miss South Pacific PNG*) gewinnen. Sie hat Eltern aus der Gulf und der Central Province und stammt aus einer einflussreichen Familie von Juristen und Rechtsanwälten. Laufa wollte nach Abschluss des *Legal Training Institute* ebenfalls Karriere machen, wie ihr Vater bei einer bewegenden Trauerfeier auf dem Universitätscampus sagte. Sie hatte bereits mit dem Aufbau einer kleinen Immobilienberatungsfirma begonnen.

(*Radio Australia*, *Post-Courier* 14.02.17, <https://www.facebook.com/OfficialRubyAnneLaufa/>, *EM-TV News online*)

† Frank Döblitz

Tonga: Der deutsche Lebensmittelkontrolleur und Koch Frank Döblitz ist an Weihnachten in Ha'apai bei einem Tauchgang verschwunden. Er war mit seiner tongaischen Ehefrau Mesualina am 13. Dezember zum Familienbesuch nach Ha'apai gereist. Dort war er am 25. Dezember 2016 nicht von einem abendlichen Tauchgang nahe des Strands von Hihifo zurückgekehrt.

Döblitz hatte seine tongaische Frau bei einer Tätigkeit als Koch in einem Luxushotel auf Tonga kennengelernt. Das Paar war später nach Eidelstedt bei Hamburg gezogen. Döblitz arbeitete zuletzt als Ausbildungsleiter für Lebensmittelkontrolleure bei der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf.

Seine Frau Mesualina trat eine Zeit lang in Hamburg mit anderen pazifischen Frauen in einer Tanzgruppe auf. Sie war auch einige Jahre lang Mitglied im Pazifik-Netzwerk e.V. und nahm an den Mitgliederversammlungen des Vereins teil.

(*Matangi Tonga* 11.01.17, *eigene Recherche*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Alle Artikel aus dieser Rubrik stammen von Daniel Bergmann, FSJ'ler im Referat Pazifik.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Besuch des Kardinals Sir John Ribat in der East New Britain Provinz

„Das ist 2017, es ist der Beginn eines neuen Jahres und wir müssen vereint sein, damit die Begegnungen zwischen den Menschen weiter wachsen und sich entwickeln können.“

Das waren die Abschiedsworte des katholischen Kardinals John Ribat im Tokua Flughafen am 12.01.2017, gerichtet an die Menschen der East New Britain Provinz. Bei seiner zweiwöchigen Reise besuchte Ribat einige der entlegensten Gebiete der Provinz und forderte die Menschen auf, im Glauben an Gott Kraft und Hoffnung zu finden. Der stellvertretende Administrator des Landes nannte den Besuch einen Segen für die Region, dankte Kardinal Ribat und lobte ihn für seine Freundlichkeit und Demut. (*Post Courier 13.01.17*)

Diözese Kerema bekommt neuen Bischof

Die Kerema Diözese in der Gulf Provinz von Papua-Neuguinea hat nach vier Jahren wieder einen Bischof. Der am 15.09.1970 in Manila (Philippinen) geborene Pater Peter Baquero (47) wird im April durch Papst Franziskus ordiniert, erklärte der Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz von PNG und den Salomonen, Pater Victor Roche. Nach Ende seines Philosophie- und Theologiestudiums im Jahr 1999 in Paranaque (Philippinen) arbeitete Baquero zehn Jahre in der Front-

Line Mission in Araimiri und Lariau (Kerema Diözese) und vier Jahre in der Don Bosco Technical School Gabutu in Port Moresby. Nach seinen Funktionen als Pfarrer, Oberschulrektor, Ökonom, und Delegationsrat für die Jugend ist Pater Peter Baquero der erste Provinzialsuperior der Salesianer in PNG und den Salomonen. (*The National Faith 26.01.17*)

AUS DER UNITED CHURCH

Regionale Jugendkonferenz im Hochland

Am Montag, den 09.01.2017 begann die 7. Regionale Jugendkonferenz der United Church in Puril (Nipa Distrikt) in den südlichen Highlands. Die Konferenz brachte 3.000 Jugendliche aus den unterschiedlichen Regionen des Landes zusammen und wurde durch den Regionalbischof Reverend Hun Moris eröffnet. Das Thema des Kongresses war die sich wandelnde Welt und ein Aufruf an die Jugend, vorhandenen Barrieren mit einer positiven Einstellung zu begegnen und sie zu überwinden. Bischof Moris sagte, als Halt solle hierfür der christliche Glaube und die christliche Gemeinschaft dienen, damit Jugendliche sich ihren Herausforderungen stellen und die Gesellschaft mitgestalten können. (*The National Faith 12.01.17*)

Am längsten dienender Bischof der United Church beendet Amtszeit

Rev. Laka Rengai, Bischof der United Church of PNG (UCPNG) in der East Central Region von Papua-Neuguinea, beendet nach 40 Jahren Amtszeit, davon 20 Jahre als Bischof, seinen aktiven Dienst und geht in den Ruhestand. Bei seiner Verabschiedung versammelten sich mehrere hundert Menschen, um Bischof Rengai Tribut zu zollen. Rengai selber betonte die Wichtigkeit einer starken und guten Beziehung zu Gott, um einen erfolgreichen Lebensweg zu gehen. Sein Nachfolger im Bischofsamt ist Rev. Kora Taboro

aus Girobara. (*The National Faith 15.12.16*)

AUS DER ELC-PNG

Kirchen benötigen mehr ausgebildete Pfarrer

„Die Kirchen sind zahlreicher und es besteht ein großer Bedarf an theologischer Ausbildung für junge Männer und Frauen, um das Wort Gottes zu lehren und zu verbreiten.“ Das war die Botschaft des leitenden Bischofs der evangelisch-lutherischen Kirche (ELC-PNG) Jack Urame an die Absolventen und Gäste bei der Abschlussveranstaltung des Martin-Luther Seminars in der ersten Dezemberwoche 2016. Er riet den Absolventen, sich vor falschen Lehren zu hüten und sich für die wahren christlichen Werte am Vorbild Jesus Christus einzusetzen. Nicht materielle Gründe sollten der Grund für den Pastorenberuf sein, sondern die Liebe des Nächsten und die pastorale Seelsorge. (*The National Faith 15.12.16*)

Jährliche Konferenz für lutherische Pastoren

Vom 18. bis zum 22. Januar 2017 fand die jährliche Konferenz für lutherische Pastoren und Evangelisten in Omkolai (Gumine Bezirk, Chimbu Provinz) statt. Die durch die Abteilung für Evangelisation ausgerichtete Veranstaltung wurde durch mehr als 200 kirchliche Mitarbeiter besucht und hatte 500 Jahre Reformation durch Dr. Martin Luther als ihr Hauptthema. Die lutherische Kirche wurde durch die deutsche und amerikanische Mission vor 83 Jahren im Chimbu Distrikt in Papua-Neuguinea gegründet. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Infrastruktur und die zukünftige physische Entwicklung der Kirche in PNG gelegt. (*The National Faith 02.02.17*)

AUS DER ANGLICAN CHURCH

Die Segnung von Stiften

Eine ganz besondere Segnung für Journalisten und Schulkinder wurde am Sonntag den 05.02.2017 in der Anglikanischen Kirche in Port Moresby abgehalten. Dort gab es die Gelegenheit für Medienvertreter und Schulkinder, ihre Stifte für das beginnende neue Jahr segnen zu lassen. Pfarrer Grayson Elea erklärte, dass Worte sehr machtvolle Instrumente seien und wir behutsam damit umgehen sollten. Der Initiator der Aktion, der Journalist Alfred Kaniniba, betonte die Wichtigkeit der Segnung und des respektvollen Umgangs mit Worten. Durch die Aktion sollte sich die Aufmerksamkeit wieder auf die wirklich wichtigen Themen im Land richten und Journalisten sollten gestärkt durch ihren Glauben ihre soziale Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen. (*The National Faith* 09.02.17)

SONSTIGES

Kirchen spielen wichtige Rolle in der Entwicklung

In Papua-Neuguineas Abteilung für Gemeinschaftsentwicklung, Jugend und Religion wurde eine neue Abteilung eingerichtet. Die Ministerin für Entwicklung und Gemeinschaft, Delilah Gore, erklärte die Gründung des neuen Amtes „Abteilung für Religion in der Entwicklung“ als Reaktion auf die Erkenntnis, dass Kirchen viel zur Entwicklung des Landes beitragen. *„Die Menschen respektieren die Kirchen mehr als die Regierung und die kirchlichen Programme sind nachhaltiger“*, sagte sie. *„Wir müssen eng mit den Kirchen zusammenarbeiten, um die gesellschaftlichen Probleme, einschließlich der geschlechtsspezifischen Gewalt, HIV und AIDS, Fragen der Rechts- und Ordnung und anderer gesundheitlicher Probleme in den Gemeinden, anzugehen“*.

Warren Marape wird als Leitender Sekretär der neuen Abtei-

lung für Religion eingesetzt. Marape hat Theologie studiert und seine Masterarbeit über die Rolle der Kirchen in der gesellschaftlichen Entwicklung geschrieben. (*Pacific Islands Report* 25.12.16)

Bibelstudien sollen Kernthema in Schulen werden

Der Chefsekretär der Regierung, Isaac Lupari, sagte, Bibelstudien sollten eine zentralere Rolle in der Schulbildung erhalten. Lupari bezeichnete die Bibel als Quelle der Inspiration und der Disziplin. Er sieht PNG als christliches Land in der Verantwortung, die christlichen Werte auch in das Bildungssystem einzubinden. Durch die Bibel wird gelehrt, inspiriert und erklärt, was die persönliche Entwicklung der Kinder voranbringt und gut erzogene junge Menschen bildet. *„Ich bin überzeugt dass Premierminister Peter O’Neill diese Initiative vollkommen unterstützt, da er die Wichtigkeit für die Entwicklung unseres Landes erkennt“*, sagte Lupari dazu. Zustimmung erhielt Lupari auch von Pastoren unterschiedlicher Kirchen, die die Idee der Bibelstudien als gute Möglichkeit wahrnehmen, um das schlechte Verhalten vieler Jugendlicher zu bekämpfen. (*Post Courier* 17.01.17)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Rat der Kirchen will enger mit Regierung zusammenarbeiten

Fidschi: Der Rat der Kirchen (Fiji Council of Churches, FCC) in Fidschi will zukünftig bei der Bewältigung kritischer Fragen, die die einzelnen Gemeinden oder die ganze Nation betreffen, enger mit der Regierung zusammenarbeiten, verkündete FCC-Chefsekretär Reverend Simione Tugi. Eine Möglichkeit soll dafür in speziellen Workshops für Pfarrer und Pfarrern liegen, damit diese auch in gesellschaftspolitischen Themengebieten wie dem Klimawandel und sexueller Belästigung von Frauen gut ausgebildet sind. *„Un-*

sere Aufgabe ist es, die Regierung in einer Weise zu unterstützen, die der ganzen Nation hilft. Auf diese Weise helfen die Kirchen der Regierung, das Wort Gottes in der Welt zu verbreiten“, sagte er abschließend. (*Pacific Islands Report* 28.12.16)

Katholische Wähler hoffen auf größeren Einfluss der Kirche

Timor-Leste: Der Inselstaat Timor-Leste bereitet sich auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor. Da der aktuelle Präsident Taur Matan Ruak sich nicht wieder zur Wahl aufstellen lässt, hoffen Anhänger der katholischen Kirche in Zukunft auf ein größeres Mitspracherecht der Kirchen im Bildungssystem und bei staatlichen Angelegenheiten. Es wird geschätzt, dass am 20. März 2017 etwa 730.000 Menschen (von 1,2 Millionen Einwohnern) an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen werden. Laut Marcal Evaristo, einem Laienführer der Dili-Diözese, sollen Kirche und Staat nicht nur oberflächlich miteinander arbeiten, sondern durch Gesetze eine Umsetzung der kirchlichen Lehren im täglichen Leben der etwa 98 Prozent Katholiken im Land schaffen. (*ucanews* 31.01.17)

Vorschlag zur Verfassungsänderung sorgt für Diskussionen

Samoa: Ende des Jahres 2016 brachte Premierminister Tuilaepa Sa’ilele Malielegaoi den Vorschlag ein, Samoas Verfassung zu ändern, um Samoa offiziell zu einem christlichen Staat zu erklären. Dafür hat er großen Zuspruch anderer Parteianhänger und Politiker erhalten. In seiner Erklärung lässt er verlauten, sein Hauptziel sei die Bekämpfung des Terrorismus und die Verankerung des christlichen Glaubens in der ohnehin schon christlich geprägten Gesellschaft des Landes. Innerhalb der Nation gab es daraufhin heftige Diskussionen zwischen Kirchenführern, Politikern und sonstigen wichtigen

Persönlichkeiten. So kritisiert der Leiter des Muslimischen Verbandes, Laulu Mohammed Daniel Stanley, die Verfassungsänderung aufs schärfste und nennt sie einen Akt der Intoleranz und Diskriminierung. Auch führende Regierungsexperten und der allgemein anerkannte Rat der Kirchen raten von einer Änderung der Verfassung deutlich ab. Zuspruch bekam Malielegaoi jedoch teilweise von der katholischen Kirche, die erklärte, mit dem neuen Gesetz könnte Extremismus leichter bekämpft werden und somit die Basis für ein sicheres Samoa entstehen. (*Pacific Islands Report 02.02.17*)

Christen fordern Einheit zur Bekämpfung des Extremismus

Indonesien: Kirchenführer in Indonesien rufen zu einer neuen stärkeren Einheit innerhalb des Christentums auf, um interkonfessionelle Rivalitäten beiseite zu legen und den Extremismus zu bekämpfen. Vor allem Katholiken und Protestanten sollten sich zusammenschließen, um gemeinsam dem Radikalismus und der Intoleranz innerhalb des Landes zu widerstehen. In Indonesien leben etwa zehn Prozent Christen, das entspricht in etwa 23 Millionen Menschen der insgesamt 238 Millionen Einwohner Indonesiens. Damit gehören die Christen in Indonesien zu einer religiösen Minderheit und müssen zeitweise extremistische Aktionen der hauptsächlich muslimisch geprägten Bevölkerung erdulden.

Im Rahmen einer Versammlung, organisiert von der katholischen Erzdiözese Semarang und der Union der christlichen Kirchen, um die Woche des Gebets zur christlichen Einheit, die am 25. Januar endete, zu feiern, sprach Pfarrer Markus Priyono von der christlichen Bethel Tabernacle Kirche zu mehr als 700 Christen. Dabei betonte er, wie wichtig es sei, dass die Christen zuerst die Grenzen untereinander überwinden, da diese zugleich Einfluss auf die Gesamtsituation der Christen in Indonesien haben und verwendete da-

bei die Worte: „*Versöhnung ist notwendig, um diese Wunden zu heilen*“. (*ucanews, 25.01.17*)

Kirchenführer stehen unter Verdacht des sexuellen Missbrauchs

Guam und Saipan: Im Jahr 2016 und zum Anfang des Jahres 2017 wurden etliche Klagen von früheren Ministranten aufgrund sexuellen Missbrauchs durch Kirchenvertreter der katholischen Kirche in ihrer Jugend eingereicht. Unter Verdacht stehen hierbei der ehemalige Inselpriester von Guam, Louis Brouillard, der Erzbischof von Hågatña, Anthony S. Apuron, der Bischof der Nördlichen Marianen auf Saipan, Tomas A. Camacho, und bis zu 50 andere Kirchenmitarbeiter. Viele Indizien, Beweise und Zeugenaussagen sprechen gegen die früheren und jetzigen Geistlichen. Die Taten, die teils Jahrzehnte zurückliegen sollen, werden schwerwiegende Folgen haben. Amtsenthebungen und Schadensersatzzahlungen von bis zu 30 Millionen Euro könnten erwartet werden. Auch der Vatikan ist durch seine mögliche Unterstützung und Vertuschung der sexuellen Missbräuche der Ministranten schwer in die Kritik geraten. Die eingereichten Klagen werden nun vom Amtsgericht von Guam bearbeitet und sicherlich auch in höhere Instanzen gehen. Es bleibt abzuwarten, wie der Vatikan und die katholische Kirche im Allgemeinen mit den Vorwürfen umgehen. (*Pacific Islands Report 25.01.17*)

IN EIGENER SACHE

Spende für die Pazifik-Arbeit von Mission EineWelt

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der „pazifik aktuell“,

gerne senden wir Ihnen die „pazifik aktuell“ vierteljährlich zu. Mission EineWelt, das Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, trägt hierfür die Herstellungs- und

Versandkosten.

Es wäre schön, wenn Sie an Stelle einer Kostenerstattung seine missionarischen und sozialen Aufgaben in Papua-Neuguinea, Fidschi und anderen Ländern des Pazifiks durch eine Spende (Spendenkonto bei der Evangelischen Bank, IBAN DE12 5206 0410 0001 0111 11, Verwendungszweck *Pazifik-Info*) unterstützen. Ihre Spende fließt ohne Abzug von Verwaltungskosten direkt in die Projektarbeit unserer pazifischen Partnerländer. Spenden sind steuerlich absetzbar. Für Beträge bis 200,- EUR genügt für das Finanzamt der abgestempelte Überweisungsabschnitt, der dieser Ausgabe beiliegt.

Vielen Dank!

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE29520604100001030108
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

Australien Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • Marianas Variety • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Daily News • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Solomon Islands Broadcasting Association • Tahitipresse • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und
Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de